

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 222 SONNTAG, 12. Sept. 1937

Aus dem Inhalt:

Das Dritte Reich und Brasilien
Ossietskys Schicksal
Nazisozialpolitik am Pranger
Der Weg der Diktatur

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Parteitag der Fassade

Das deutsche Volk darf die Wahrheit nicht erfahren

Die Nürnberger Parteitage der NSDAP sind in keiner Hinsicht ein Problem mehr. Sie stellen alljährlich wiederholte Aufmarsch- und Transportübungen dar, sie verschlingen Unsummen, die das Volk bezahlen muß; die Reden, die in Nürnberg gehalten werden, sind verhallt, noch ehe die Parade zu Ende ist. Diese Parteitage sind Fassaden, wie die Prachtbauten, die auf Hitlers Befehl allerorten entstehen. Von diesen Parteikongressen gehen keinerlei Kraftströme und Massenwirkungen aus. Die Propagandamethoden arbeiten noch, sie werden unter Masseneinsatz von Geld und Menschenmassen noch gesteigert, aber sie ziehen nicht mehr. Der langsame, aber sichere Verfall der Stimmung in Deutschland kann durch Propaganda und Paraden nicht aufgehoben werden — denn er kommt aus tieferen Quellen. Sowenig, wie es die Propaganda war, die den Nationalsozialisten zur Macht verholfen hat, sowenig wird das System sich durch Propaganda aus seinen Nöten retten können.

Auf Befehl Hitlers ist der diesjährige Parteitag »Parteitag der Arbeit« getauft worden. Diese Taufe ist ein durchsichtiger Kunstgriff. Sie wollen glauben machen, daß sie an die deutschen Arbeiter denken — aber in Wahrheit denken sie an sich selbst. Sie reden von Arbeit, wo sie von Krieg reden müßten. Denn wofür wird in Deutschland gearbeitet, wenn nicht für den Krieg? Jede auch nur oberflächliche Wirtschaftskritik zeigt sofort, daß die »Verwirklichung des praktischen Sozialismus«, von der Hitlers Stellvertreter Heß sprach, nichts anderes ist als die Fassade der Kriegswirtschaft. Was haben sie für das Volk erreicht? Heß begann mit der Aufzählung: »Bauten von klassischer Schönheit, Autobahnen, Städtedurchbrüche...« Es ist nur die Fassade, die sie vorweisen können.

Am erbärmlichsten aber sind die geistigen Kulissen, die sie auf dieser Parteitagung vor der deutschen Kriegswirtschaft aufgebaut haben. Die Proklamation, die der Gauleiter Wagner verlesen hat, ist ein deutlicher Ausfluß der Verlegenheiten des Systems und seiner geistigen Sterilität. Man mußte sich nach dem Anhören dieser Proklamation fragen: ist das alles, was sie dem Volke zu sagen haben? Diese durchsichtigen Sophismen, diese Ablehnung offenkundiger Tatbestände, diese Ziellosigkeit — ist das die ganze geistige Kraft, die sie aufbringen? Sie haben ungeheure Reichtümer für die Rüstung verschleudert, aber daß zum Kriegführen schließlich auch Geist gehört, haben sie nicht begriffen. Der geistige Bankrott kommt bei ihnen schon vor dem wirtschaftlichen und dem machtpolitischen.

Diese Proklamation ist ein geistiger Bankrott. Auf dem ersten Parteitag nach der Machtergreifung hatten sie die ideologischen Helfershelfer des totalen Systems bemüht. Im Stile von Carl Schmitt und anderen professoralen Huren des Kampfes der Gegenrevolution gegen die Demokratie hatten sie eine pseudodemokratische Ideologie der Despotie zusammengebraut. Die Carl Schmitt und Konsorten waren immer noch Geistesriesen gegenüber dem Verfasser der diesjährigen Proklamation. An die Stelle der gegenrevolutionären Dialektik gegen die Demokratie ist das plumpste antibolschewistische Agitationsgeschrei getreten.

»Die Organisation der Gesellschaft ist bedroht« — so proklamiert die NSDAP und preist sich als Retterin der Gesellschaft an. Welcher Gesellschaft? Nun, jeder Gesellschaft, die nicht nationalsozialistisch ist! Wodurch ist sie bedroht? Vom Bolschewismus. Wie kann sie gerettet werden? Nur durch das nationalsozialistische Führerprinzip. Worin besteht dies Prinzip? Durch eine neue Führerauslese unter dem Gesichtspunkt von Kraft, Stärke, Mut und Entschlossenheit. Aber wer liest aus? Nun eben die führende Clique! Womit ganz genau das Ausleseprinzip des gegenwärtigen Stalinschen Regimes gekennzeichnet ist. Also — so lautet die Schlußfolgerung — die demokratische Gesellschaft in Frankreich, in England, in den Vereinigten Staaten ist dem Untergange geweiht, weil dort die Führerauslese nicht nach den Prinzipien Hitlers und Stalins erfolgt. Um diese höhere Weisheit anzuhören, haben England und Frankreich und die Vereinigten Staaten sogar ihre diplomatischen Vertreter nach Nürnberg geschickt.

Es ist unverkennbar, daß sich diese primitive Gesellschaftslehre nicht gegen den Bolschewismus richtet. Der Bolschewismus ist nur das Aushängeschild — in Wahrheit richtet sich der Angriff gegen die Demokratie. Hinter dem lauten antibolschewistischen Geschrei verbirgt sich die Tendenz des Totalitätensystems zur Weltkonterrevolution gegen die demokratischen Länder. Die Primitivität der Proklamation hat diesen Tatbestand so durchsichtig gemacht, daß ihn niemand übersehen kann. Es handelt sich um den Haß einer despotischen Clique gegen die Freiheit.

Auf gleichem Niveau stand der Abschnitt der Proklamation über die soziale Frage. Er enthielt eine Theorie der nationalsozialistischen Lohnpolitik. Lohnerhöhungen sind immer von übel, weil sie die Preise steigern — das war ihr A und O. Die soziale Frage kommt also von den Lohnbewegungen! An diesem Punkte beginnen die offenen und durchsichtigen Fassadenlügen der Proklamation. Kühnlich behauptet sie, daß in Deutschland die Preise stabil geblieben seien, während in den Ländern um Deutschland bei steigenden Löhnen ein Sinken der Produktion, Steigen der Preise und laufende Entwertung der Währung vor sich gehe.

Wir haben hier in systematischen Untersuchungen auseinandergesetzt, daß in den demokratischen Ländern eine echte Konjunktur besteht, die eine Steigerung des Volksreichtums dieser Länder und eine echte Erhöhung der Lebenshaltung

ihrer Arbeiterschaft bedeutet. Die ganze Welt weiß, daß dies der wahre Tatbestand ist. Selbst die gleichgeschalteten Nationalökonom in Deutschland wissen es, und mit ihnen die Unternehmer. Die Lage in den Vereinigten Staaten, in England, in Skandinavien ist der Maßstab, an dem die deutschen Verhältnisse zu messen sind. Daß die Proklamation diesen unumstößlichen Tatbestand mit eiserner Stirn in das Gegenteil verkehrt, ist ein Eingeständnis des Bankrotts. Es ist die Anerkennung, daß das System den Vergleich mit den demokratischen Ländern zu fürchten hat. Wir stellen uns vor, daß sich die diplomatischen Vertreter der demokratischen Länder bei dieser massiven Verdrehung angesehen haben mit der Frage: glaubt er das wirklich selbst? Um es vorwegzunehmen: dieselbe Frage drängt sich auf bei den Ausführungen über die Wirtschaft und über die Lebensmittelversorgung. Sicher ist, daß es weder die deutschen Unternehmer noch die deutschen Wissenschaftler glauben werden — aber durchaus möglich ist, daß er selbst es wirklich glaubt! Eben darin, daß die allein verantwortliche Führung, daß die Spitze der neuen Auslese, daß der »Retter« und »Führer« auf den wichtigsten Gebieten des nationalen Lebens an Dinge glaubt, an die kein einziger sachverständiger Mensch mit gesunden fünf Sinnen glauben kann, und daß die Sachverständigen dennoch wider besseres Wissen sich unterwerfen, darin liegt das Wesen des Systems — aber auch der Keim seines Untergangs.

Der berüchtigte Vierjahresplan ist in der Proklamation abermals beschworen worden. Sachliche Bedenken? »Einer Volksgemeinschaft, der es gelingt, eine große Armee aufzubauen, wird es auch gelingen, die deutsche Eisen- und Stahlproduktion auf jene Höhe zu bringen, die notwendig ist. Wir sind schon mit ganz anderen Aufgaben fertig geworden.« Immerhin ist Eisenerz eine höchst materielle Sache, die man nicht herbeireden kann. Nehmen wir also an, daß die Gläubigen der Allmacht der Despotie auf den Mann warten werden, der ihnen Eisenerz aus Luft fabriziert. Aber hier hat sich eine interessante Abzählung der Verantwortung von der Spitze gezeigt. Die Proklamation hat feierlich, unter lautem Beifall der Clique verkündet, daß die Sache unter der bewährten Leitung von Hermann Göring funktionieren werde. Nicht die oberste Spitze des Systems — sondern Göring wird schuld sein, wenn das Unmögliche sich als unmöglich erweist.

Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung? Nicht Darré ist schuld, sondern die Westmächte — denn sie verweigern Deutschland Kolonien! Nun hat es vor

Hitler, z. B. unter Hermann Müller, auch ohne Kolonien keinen Brotmangel, keinen Buttermangel, keine Fettkarte und keine Brotkarte gegeben. Das System aber will sein eigenes Versagen ausnützen zur Kolonialhetze gegen andere Länder!

Auch dies mag den Höflichkeitsvertretern der demokratischen Großmächte wieder angenehm in den Ohren geklungen haben, ebenso wie die nachfolgenden feierlichen Schwüre auf die Achse Rom—Berlin, auf das Bündnis mit Japan, und der demonstrative Ruf: »Der Vertrag von Versailles ist tot.«

Die Proklamation hat viel vom deutschen Volk geredet. Im deutschen Volke fragt man sich seit längerer Zeit und mit ständig wachsender Beklemmung: soll das immer so weiter gehen, und wozu? Die Antwort der Proklamation ist eindeutig: Ja, das soll immer so weiter gehen; es muß immer so weiter gehen; denn wenn wir es nicht weitergehen ließen, wäre es mit dem Monopol der nationalsozialistischen Partei und ihrer Führung zu Ende. Dieser Parteitag der Fassade, der Leere der nationalsozialistischen Machtpolitik läßt auf die bange Frage des Volkes nach seiner Zukunft nur eine Antwort: es wird einem Ende mit Schrecken entgegengeführt.

Göring kündigt die Brotkarte an

Aber Göbbels stellt ihn unter Zensur

Wer am Abend des 2. September auf seinem Rundfunkgerät Stuttgart oder eine der anderen zahlreichen Stationen einschaltete, die die Stuttgarter Sendung übertrugen, konnte eine zweistündige Rede von Göring hören, in der er vor den Auslandsdeutschen sein beliebtes Thema variierte: »Wir sind friedlich bis zum Tz und hauen jeden, der uns das nicht glaubt, in die Presse.« Dann aber, als die Sache schon langweilig zu werden begann, kam die Sensation des Abends: Göring kam auf den Vierjahresplan zu sprechen und sagte wörtlich:

»Notfalls werde ich auch vor der Wiedereinführung der Brotkarte nicht zurückschrecken.«

Aber ein anderer schreckte zurück: Göbbels. Die deutsche Presse durfte den Satz, den Tausende im Inland und im Ausland mit eigenen Ohren gehört hatten, nicht wörtlich wiedergeben. In den Presseberichten heißt es jetzt:

»Notfalls werde ich nicht davor zurückschrecken, durch schärfste organisatorische Maßnahmen eine gerechte Aufteilung des Brotes sicher zu stellen.«

Das ominöse Wort »Brotkarte« konnte zwar gesprochen, aber es durfte nicht gedruckt werden.

Aus großer Zeit

Die braune Schande. In Deutschland veranstalteten zahlreiche Betriebe hin und wieder Volksfeste für die »Gefolgschaft«. Mit Karussellfahrten, Preiskegeln und dergleichen. Das ist Sozialismus — sagt Ley. Ueber den Verlauf eines solchen Festes berichtet die Nazipresse:

»Schließlich wurde vom Betriebsführer und seinem Sohn eine Spende gegeben, die einen guten Ansporn für das kommende Jahr gibt: Eine komplette Kücheneinrichtung bekommt das Paar, das sich an diesem Tage zusammenfindet. Und eine komplette Babyausstattung erhält das Ehepaar, das

¼ Jahr nach diesem denkwürdigen Tag ein Kind bekommt.«

Neben Kegelspiel und Karussellfahrt — Kinderzeugung um die Wette. Als Rummelplatz-Sensation. Mit Preisverteilung. Ist eine ekelhaftere Beschimpfung der deutschen Mutter und der deutschen Familie denkbar?

Der Brotmangel im Hitlerreich hat sich in der letzten Zeit immer mehr fühlbar gemacht. Jetzt sind die Restaurateure aufgefordert worden, ihren Gästen möglichst wenig Brot zu verabfolgen und

»durch eine geschickte Herausstellung warmer Speisen auf den Speisekarten zu

einer Förderung der warmen Abendessen gegenüber den kalten beizutragen.«

Eine geniale Lösung! Der Deutsche soll also statt des nicht vorhandenen Butterbrotes ganz einfach ein Kalbschnitzel essen. Wer nicht das nötige Kleingeld dazu hat, dem bleibt als Brotersatz nur Kraft durch Freude.

Lerne kaufen ohne zu zahlen! Die »Nationalsozialistische Partei«-Korrespondenz berichtet triumphierend den folgenden interessanten Rechtsfall:

Die Frau eines Nazifunktionärs hatte von einer jüdischen Firma Waren bezogen. Als der Lieferant eine ganze Zeit lang vorgeblich

Brasilien und das Dritte Reich

auf die Bezahlung der Rechnung gewartet hatte, forderte er schließlich das Geld von dem Ehemann seiner Kundin, der nach § 1557 des Bürgerl. Gesetzbuches zum Bezahlen verpflichtet war, da seine Frau die Einkäufe für den gemeinsamen Haushalt und im Rahmen ihrer »Schlüsselgewalt« getätigt hatte.

Der Gatte erklärte jedoch: er denke gar nicht daran, auch nur einen einzigen Pfennig herauszurücken. Es sei ihm als Naziamtswalter nie und nimmer zuzumuten, eine Zahlung an einen Juden zu leisten. Wenn seine Frau ohne sein Wissen bei einem »Nichtariere« gekauft habe, so sei das ihre Sache, für die er jede Verantwortung ablehne...

Es kam zum Prozeß vor dem Amtsgericht Remscheid, das sich voll und ganz der Auffassung des Schuldners anschloß. Ein Jude habe kein Recht, von ihm Geld zu fordern...

Die Hitlerfunktionäre sollten dem weisen Richter für den guten Fingerzeig dankbar sein. Sie wissen nun, wie man — in trauter Arbeitsteilung mit der Ehegattin — Grats-einkäufe macht!

»Dr. Göbbels-Stiftung.« Am 30. August teilten die deutschen Sender im abendlichen Nachrichtendienst mit, daß zur Unterstützung alter, nicht mehr arbeitsfähiger Bühnenkünstler nunmehr Zuschüsse von der »Dr. Göbbels-Stiftung« geleistet werden sollen. Hat hier also Göbbels in sein — allerdings umfangreiches — Portemonnaie gegriffen? Hat hier ein aktiver, Komödiant etwas für brotlose Schauspieler getan? Ach nein. Die »Dr. Göbbels-Stiftung« ist nämlich nichts weiter als — die Zusammenfassung und Verwaltung des Vermögens der früheren Bühnengenossenschaft, die dem Afa-Bund angeschlossen war.

Also nicht genug damit, daß die Nazis die von den deutschen Bühnenangehörigen jahrzehntelang gezahlten Organisationsbeiträge einfach gestohlen haben, sie besitzen nun auch noch die tolle Frechheit, den rechtmäßigen Besitzern einen kleinen Teil ihrer Habe als Almosen und Gnadenbrot zu »spenden«! Und die Empfänger müssen womöglich noch in Dankestränen ausbrechen für diese »milde Stiftung«, die — in einem tieferen Sinne mit Recht — den Namen des Lügenministers trägt.

K. K.

Naziterror gegen dänische Minderheit

Als vor nicht allzulanger Zeit in Lübeck wieder mal eine Tagung der »Nordischen Gesellschaft« vom Stapel ging, hielt Rosenberg eine Rede, in der von der deutschen Blutsverwandtschaft mit den Völkern des Nordens und ähnlichen Dingen die Rede war. Solche rhetorische, Mätzchen pflegt man im Norden nicht ernster zu nehmen, als sie es verdienen. Man hält sich mehr an die neudeutsche Wirklichkeit, z. B. an die brutale Behandlung, die die dänische Minorität in Schleswig seitens der Nazis erfährt. Mit Gewalt, List und Erpressung ist man bemüht, die Dänen zur Aufgabe ihrer Sprache und ihres Nationalgefühls zu zwingen und sie zum Hakenkreuz zu »bekehren«. Die Fäden dieser planmäßig betriebenen Mänschenschaften laufen bei dem Flensburger Oberbürgermeister P. g. Sievers zusammen, und gehen von dort zum Gauleiter Lohse in Kiel weiter.

Ein Beispiel: In der Umgebung von Flensburg sind einige Siedlungsstätten geschaffen worden. Herr Sievers hat verkündet, daß auch viele Dänen an dieser Siedlung beteiligt seien. »Seht, so gut geht es ihnen bei uns!« Was ist Wahrheit? Man hat einigen dänischen Familien Siedlungsbeihilfe versprochen — unter der Bedingung, daß sie ihre Kinder aus der dänischen Schule fortnehmen und in die deutsche schicken. »Ihr nehmt Geld vom deutschen Staat — aber erfüllt nicht eure Pflicht gegen ihn!« erklärte man diesen Leuten, wie die dänische Zeitschrift »Grønsvagten« ausdrücklich feststellt. Dort werden auch die Methoden geschildert, mit denen die Nazis — teilweise erfolgreich — dänische Kinder in ihre Organisationen hineinzwingen, um sie zu Hakenkreuzlern zu »ziehen«.

Als diesen Sommer die dänische Minderheit in Flensburg ihre Jahrestagung abhielt, wurde der Festplatz von Nazis überfallen. Die Rednertribüne wurde zerstört, die Fahnenstange umgelegt usw.

Nunmehr ist auch »Der Schleswiger«, ein Organ der dänischen Minderheit, vom Göbbels-Ministerium verboten worden. So geht es den blutsverwandten Germanen, die sich nicht »aufordern« lassen wollen. Minderheitenschicksal im Dritten Reich!...

mn. Rio de Janeiro, Ende August.

Die Beziehungen zwischen Brasilien und dem Dritten Reich haben sich in den letzten Wochen weiter verschlechtert. Die neue Spannung wurde durch den (inzwischen vertagten) Plan der Vereinigten Staaten von Nordamerika hervorgerufen, der brasilianischen Regierung unter Umständen einige Torpedobootzerstörer zur Verfügung zu stellen. Aus einem Brief des Staatssekretärs Cordell Hull ergab sich, daß die brasilianische Regierung um die Ueberlassung einiger Kriegsschiffe in erster Linie mit Rücksicht auf bestimmte deutsche Pläne gebeten hatte. Das war für die Presse des Dritten Reiches ein Anlaß zu wütenden Protesten, während sich die in Brasilien erscheinenden nationalsozialistischen Organe klugerweise still verhielten. Einige argentinische Zeitungen waren über den brasilianisch-nordamerikanischen Plan aus Gründen der kontinentalen Eifersucht etwas verschuppt, die »Critica« von Buenos Aires brachte aber die Angelegenheit wieder in das richtige Lot. Sie schrieb nämlich:

»Das Angebot der Vereinigten Staaten von Nordamerika an Brasilien ist eine ernste Warnung an den internationalen Faschismus. Durch die Ausdehnung dieses Angebots auf alle lateinamerikanischen Staaten tragen die Vereinigten Staaten von Nordamerika dazu bei, die kontinentale Solidarität gegenüber jeder Drohung des europäischen Faschismus unter Beweis zu stellen.«

Ohne jede Frage hatte das nordamerikanische Angebot in erster Linie demonstrative Bedeutung. Denn es besteht nicht der geringste Zweifel darüber, daß Nordamerika Brasilien oder einem anderen lateinamerikanischen Staat unter allen Umständen gegen deutsche, italienische oder japanische Uebergriffe beistehen würde. Dazu ist die Abtretung einiger Torpedobootzerstörer gar nicht erst notwendig. Wir verraten nämlich kein Geheimnis, wenn wir mitteilen, daß in der letzten Zeit zwischen einigen lateinamerikanischen Staatskanzleien ein lebhafter Gedankenaustausch über gewisse nationalsozialistische Aspirationen und Konspirationen stattgefunden hat. Als diese Aussprachen in Washington weitergeführt wurden, stellten sich zur Ueberzeugung mancher südamerikanischer Diplomaten zwei Dinge heraus. Es ergab sich, daß bestimmte nordamerikanische Stellen schon seit längerer Zeit aus eigenem Antrieb die nationalsozialistischen Umtriebe in einzelnen südamerikanischen Staaten beobachten ließen. Es zeigte sich aber auch, daß die nordamerikanische Regierung sich sehr konkrete Gedanken darüber macht, wie sie im Ernstfalle dagegen

vorgehen will. Kompliziert wird die ganze Angelegenheit dadurch, daß das Dritte Reich in Lateinamerika mit Japan zusammenarbeitet, und dieser Sachverhalt vom Standpunkt der USA dazu beiträgt, die Gefährlichkeit der nationalsozialistischen Pläne zu erhöhen.

Die Spannung zwischen Brasilien und dem Dritten Reich kam besonders zum Ausdruck in einer Rede des brasilianischen Außenministers, Herrn Mario Pimental Brandav, die sich mit der internationalen Stellung Brasiliens beschäftigte. Der Außenminister bekräftigte nämlich nochmals, daß Brasilien sich die Friedenspolitik Roosevelts zu eigen gemacht hätte. Brasilien sei mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika einig in der Beurteilung der europäischen Entwicklung: die einzige Sorge der Alten Welt sei die Bedrohung des Friedens, die durch die totalitären europäischen Staaten hervorgerufen sei; sie und nur sie trügen an der Kriegsstimmung schuld.

Die Beziehungen zwischen dem Dritten Reich und Brasilien leiden aber nicht allein unter außenpolitischen Fragen, sondern auch unter der sich immer mehr verschärfenden Einmischung der NSDAP in innerbrasilianische Angelegenheiten! Diese Einmischung (die Unterstützung der faschistischen Bewegung Plinio Salgados) ist im Augenblick besonders verspürbar, weil sich das Land inmitten eines heftigen Wahlkampfes befindet, der die für den 3. Januar 1938 angesetzte Neuwahl des Bundespräsidenten betrifft. An ihm beteiligt sich Plinio Salgado als Kandidat der Integralistischen Aktion und genießt dabei die weitgehende ideelle und materielle Unterstützung durch halbamtliche deutsche Stellen. Diese Anteilnahme an dem Kampf der brasilianischen Faschisten beschränkt sich nach Mitteilungen, die in dem brasilianischen Bundsparlament gemacht worden sind, nicht nur auf die Gewährung von Subventionen. Von einem hohen brasilianischen Offizier wurden deutsche Waffenlieferungen größten Umfangs festgestellt! Ja, noch mehr: von dem Abgeordneten Café Filho, der (um nationalsozialistische Lügen von vornherein zu widerlegen, sei das festgestellt) weder Sozialist, noch Kommunist ist, wurde in dem Bundsparlament der Nachweis erbracht, daß pensionierte deutsche Offiziere Instrukteure der integralistischen Wehrverbände sind. Ein solcher Fall ist zum Beispiel in Sao Goncalo geschehen, wo ein ehemaliger deutscher Offizier, Otto Nieß, in Uebereinstimmung mit der NSDAP Plinio Salgado Treue bis zum Tod schwor. Der Abgeordnete Café Filho legte dem Bundsparlament die Eintrittserklärung dieses

Pg. Otto Nieß vor, aus der sich ergab, daß er in die »Legiao estrangeira« (Fremdenlegion) des Integralismus eingereicht wurde!

Unter diesen Umständen ist es nur allzu verständlich, wie sehr die Empörung der Brasilianer gegen die deutsche Anmaßung im Wachsen begriffen ist. Ein Symptom von erheblicher Bedeutung ist hier eine Protestresolution der Katholiken des Staates Rio Grande do Sul. Ganz allgemein kann man feststellen, daß die Deutschbrasilianer über die nationalsozialistische Einmischung in die brasilianische Innenpolitik ungeheuer entsetzt sind. Das ist zum Teil deswegen, weil man eine solche Aktion für grundsätzlich falsch hält und der richtigen Ansicht ist, daß sie unter allen Umständen Deutschland nur schaden, keinesfalls aber nützen kann. Besonders bedauert man aber, daß diese Einmischung ausgerechnet zugunsten der Integralisten erfolgt, deren Sieg sich zum unbedingten Nachteil der Teutobrasileiros auswirken müßte. Es ist darum kein Zufall, daß der einzige Deutschbrasilianer von Einfluß auf die brasilianische Innenpolitik, der Riograndenser Lindolpho Colow, zu den schärfsten Gegnern des Integralismus gehört, den er für sehr gefährlich für die deutschen Interessen in Brasilien hält.

In all diesen Dingen ist aber die nationalsozialistische Politik in Brasilien völlig borniert und verfahren. Der neue deutsche Botschafter in Rio de Janeiro, Dr. Ritter von der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, beiligt sich darum gar nicht, sein Amt anzutreten: Nach einer halbamtlichen Mitteilung will er erst den Nürnberger Parteitag vorübergehen lassen, bevor er sich nach Brasilien einschiffet.

Dabei wartet auf den neuen deutschen Botschafter die schwierige und zeitraubende Arbeit der Vorbereitung der neuen Handelsvertragsverhandlungen. Brasilien wird bei diesen Verhandlungen ohne jeden Zweifel nur wirtschaftliche Gesichtspunkte geltend machen und aus diesem Grunde auf eine Reihe von Abänderungen bestehen, die für das Dritte Reich empfindliche Verschlechterungen bedeuten müssen. Diese Besprechungen wären für Deutschland wesentlich leichter, wenn nicht — ausschließlich durch seine eigene Schuld — die Atmosphäre mit politischen Spannungen geladen wäre. Unter diesen Umständen kann die Reichsregierung von der brasilianischen Bundesregierung kein übermäßig großes Entgegenkommen, sondern nur korrektes Vorgehen erwarten. Wenn der »Angriff« droht, Deutschland würde seine Baumwolle wo anders kaufen, so lachen darüber sogar die Sumpfhühner aus Amazonas. Voraussetzung dafür wäre nämlich ein deutscher Devisenüberfluß...

Der Geist der Lüge

Gefahren der Diplomatie ohne Wahrheit

Der Besuch Mussolinis bei Hitler wird zu einem lärmenden Parastück des Dritten Reiches ausgenutzt werden. Die Zusammenkunft der beiden Diktatoren vollzieht sich auf der Leiche der Freiheit in Deutschland und Italien. Sie ist die Antwort auf die englische Illusion, daß man Mussolini von Hitler trennen könne. Sie ist die Ankündigung, daß die Achse die internationale Organisation des Rechts, daß sie den Völkerbund für endgültig tot hält.

Die Proklamation Hitlers auf dem Nürnberger Parteitag hat die Achse Rom—Berlin gefeiert:

»Dabei sind wir nicht isoliert, sondern in enger Freundschaft mit mächtigen Staaten. Die natürliche Interessengemeinschaft des nationalsozialistischen Deutschland mit dem faschistischen Italien hat sich immer mehr als Element der Sicherung Europas vor dem chaotischen Wahnsinn erwiesen. Es wird in Zukunft nicht möglich sein, an irgend einer Stelle über diese Willensgemeinschaft hinweg einfach zur Tagesordnung schreiten zu können.«

Die Sicherung Europas vor dem chaotischen Wahnsinn sieht so aus: alles internationale Recht zerstört, alle Verträge wankend geworden oder zynisch gebrochen, offener Interventionskrieg in Spanien, völlige Verkehrsunsicherheit im Mittelmeer, die diplomatischen Beziehungen zwischen Portugal und der Tschechoslowakei abgebrochen, Abbruch der Beziehungen zwischen Italien und Rußland drohend bevorstehend!

Der von uns zitierte letzte Satz bezieht sich gegenwärtig auf den Völkerbund, die Frage Spaniens und die bevorstehende Mittelmeerkonferenz. Es ist die brutale Ankündigung, daß in der Frage Spaniens die Nichtinterventionsmächte sich den deutsch-italienischen Machtansprüchen fügen müssen. Damit ist das Siegel unter das Ende der Nichtinterventionspolitik gedrückt worden.

Die sogenannte Mittelmeerkonferenz wird nichts sein als eine Verlängerung des Nichtinterventionsausschusses. Mit tödlichem Ernst wird über Maßnahmen gegen unbekannte Piraten verhandelt werden — während die Sowjetunion Italien offen beschuldigt. Aber die Diplomatie von heute hat ein ganz besondere Verhältnis zur Wahrheit entwickelt.

Mit eiserner Stirn hat seinerzeit Italien die Anklage Spaniens vor dem Völkerbund bestreiten lassen. Die italienische und die deutsche Presse hat die nicht mehr zu verhüllenden Tatsachen mit eiserner Stirn als Lügen bezeichnet. Heute, nach sechs Monaten, läßt Mussolini den Triumph der italienischen Waffen feiern.

Die japanische Regierung behauptet mit gleich eiserner Stirn, daß der schwerverwundete englische Botschafter in China nicht von japanischen Flugzeugen beschossen worden sei.

Wie kurze Zeit wird es dauern, bis die

Kommandanten der unbekanntenen Piraten-Boote im Mittelmeer offizielle Glückwunschtelegramme ihres heute noch sich verbergenden Chefs erhalten?

Aber schlimmer noch als die Lügen der totalitären Diplomatie ist, daß die Diplomatie der demokratischen Länder sie widerspruchslos hinnimmt! Hat man vergessen, daß Demokratie ohne Wahrheit unmöglich ist, und daß nichts jede demokratische Gesellschaftsordnung so sehr erschüttert, wie der Geist der Lüge?

Dem deutschen Volke

Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Druckes hinzufügt, die Schmach noch schmachvoller, indem man sie publiziert. Man muß das Volk vor sich selber erschrecken lehren, um ihm Courage zu machen.

(Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, I. 267.)

Sie sehen mich lächelnd an und fragen: was ist damit gewonnen? Aus Scham macht man keine Revolution.

Ich antworte: die Scham ist schon eine Revolution. Scham ist eine Art Zorn, der in sich gekehrt. Und wenn eine ganze Nation sich wirklich schämte, so wäre sie der Löwe, der sich zum Sprung in sich zurückzieht.

(Marx an Ruge, Deutsch-französische Jahrbücher, I. 212.)

Auflösung der Gruppe „Revolutionäre Sozialisten“

In den vergangenen Wochen haben auf Antrag der »Revolutionären Sozialisten« wiederholt Besprechungen zwischen Vertretern der Gruppe »Revolutionäre Sozialisten« und dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stattgefunden mit dem Ziele der Auflösung der Gruppe und ihrer Wiedereingliederung in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Am 2. September tagten nunmehr in Karlsruhe die sämtlichen Körperschaften der »Revolutionären Sozialisten« unter Hinzuziehung ihrer Grenzarbeiter und faßten einstimmig gegen die Stimme des bereits zurückgetretenen Vorsitzenden Karl Böchel den folgenden Beschluß:

»Die verantwortlichen Vertreter und Körperschaften der RSD sind nach ernsthafter Prüfung der Situation zu der Überzeugung gekommen, daß die einzelnen sozialdemokratischen Gruppen keine Daseinsberechtigung mehr besitzen und daß die organisatorische Sammlung dieser Gruppen im Gesamtrahmen der sozialdemokratischen Bewegung das Gebot der Stunde ist.

Um dieser politischen Notwendigkeit zu entsprechen und die Vereinheitlichung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung von sich aus zu fördern, beschließen die zuständigen und berufenen Körperschaften der RSD die Auflösung ihrer Gruppe und deren politische und organisatorische Eingliederung in die Gesamtpartei.

Da wir der festen Überzeugung sind, daß wir als Sozialdemokraten unsere große politische Aufgabe nur als starke, einige und geschlossene Bewegung erfüllen können, sind wir bereit und entschlossen, uns innerhalb der sozialdemokratischen Partei und nach den Grundsätzen der Partei zu betätigen und für die weitere Sammlung der sozialistischen Kräfte zu wirken.«

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) hat diesen Beschluß begrüßt. Er stimmt ihm zu und erwartet, daß sich nunmehr wieder ein Verhältnis vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den wiedereintretenden Genossen anbahnen wird.

Zur Durchführung der organisatorischen Einzelheiten wurde ein engerer Kreis von Genossen des Parteivorstandes bestimmt.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Prag, 7. September 1937.

Braune Urteile

In Bremen standen im August wieder einmal sechs Personen wegen Abhörensverbotener Radiostationen (Straßburg, Moskau etc.) vor Gericht. Sie wurden zu Freiheitsstrafen bis zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Den drei Hauptangeklagten wurden außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer der Strafe aberkannt.

Eine alte Frau aus Osterode in Ostpreußen hatte in einem Brief an Verwandte in Polen geschrieben, daß man in Deutschland mit dem gegenwärtigen Regime nicht allgemein zufrieden sei. Der Brief wurde von der Gestapo geöffnet, die die sofortige Verhaftung der Absenderin vornahm. Das Sondergericht Königsberg hat die Greisin jetzt wegen »Heimtücke« zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Als einem »Gefolgsmann« in einem Fleischerbetrieb des Städtchens Hechingen (Hohenzollern) bei der Arbeit von einem Kollegen versehentlich Rotwurst statt Leberwurst gereicht wurde, ließ der erste wütend geworden, einige unfreundliche Redensarten vernahmen. Der betreffende wurde jetzt vor ein Ehren- und Disziplinargericht der Deutschen Arbeitsfront gestellt und freilich auf ein Jahr aus dieser »Organisation« ausgeschlossen, weil sein Verhalten nicht mit den Pflichten eines Mitgliedes der DAF vereinbar sei. Ausschuß aus der Arbeitsfront bedeutet natürlich Verlust des Arbeitsplatzes und öffentliche Achtung. Es handelt sich hier offensichtlich um Nazirache an einem politisch Mißliebigen.

Ein Gefängnisgeistlicher, der seit 1929 der Nazi-Partei angehörte, war mit den Methoden des gegenwärtigen Kirchenkampfes nicht einverstanden. Da er von seinen Pfg. heftig angegriffen wurde, trat er nunmehr aus der NSDAP aus. Er wurde darauf von der Justizverwaltung sofort entlassen. Das Dortmunder

Das Schicksal Ossietzkys

Irreführungsversuche des Propagandaministeriums

Die »National-Zeitung« Basel vom 25. August 1937 schreibt:

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Ueber dem Schicksal des Ossietzkys liegt ein Geheimnis.

Am 3. August ging durch die Weltpresse die Nachricht, daß sechs in Berlin lebende Auslandsjournalisten Herrn von Ossietzky besucht und interviewt hätten. Dem Interview wohnten offiziell je ein höherer Beamter des Reichspropagandaministeriums und der Geheimen Staatspolizei bei, deren Behörden den Besuch auch arrangiert hatten. — Die in der Presse veröffentlichten Interviews mit dem kranken Manne haben aber nur dazu beigetragen, das Geheimnis um ihn noch zu verdichten.

Die Unterhaltung der sechs Auslandsjournalisten mit Ossietzky hat zuerst die recht erstaunliche Wirkung gehabt, in der Weltpresse in fünfzehn verschiedenen Versionen wiedergegeben zu werden, deren Inhalt sich bis zum Widerspruch unterscheidet. Wenn etwa österreichische und tschechische Blätter von der Unterhaltung berichten, Ossietzky sei »bisher zu schwach gewesen um überhaupt das Haus zu verlassen«, so wissen gleichzeitig andere Blätter zu melden, er habe erklärt, »er genieße absolute Freiheit in Kaffeehäuser zu gehen und sich ganz allgemein zu amüsieren«. Oder wenn der Korrespondent der »New York Times« berichtet, Ossietzky habe den Wunsch geäußert, diesen Herbst und Winter in den Schweizer Alpen zu verbringen, so weiß der Korrespondent der »Tribune de Geneve« zu melden, Ossietzky habe erklärt, er wolle sich für lange Zeit nicht von Berlin wegrühren. Und während endlich die meisten Berichtersteller als pikantes Detail erzählen, der frühere Herausgeber der »Weltbühne« habe seit langem keine Tageszeitungen mehr gelesen, nur noch klassische Literatur, so hat der Korrespondent des

Osloer Rotheblattes »Tidens Tegn« die gleiche Äußerung völlig anders verstanden und wiedergegeben: »Ich lese das »Berliner Tageblatt« und die »Deutsche Allgemeine Zeitung«.

Was aber waren die Absichten des Propagandaministeriums, das jener Unterredung zu einer riesenhaften Auslandspublizität verholfen hat? Den Anstoß gaben einerseits alarmierende Veröffentlichungen in der Presse des Auslandes, andererseits dringliche Anfragen ausländischer diplomatischer Persönlichkeiten. Die deutschen Behörden wollten nun, im Ausland den Eindruck erwecken, als sei der Träger des Friedensnobelpreises gesundheitlich auf dem Wege zur Besserung. Tatsächlich ist sein Befinden im Augenblick kritischer als je. Die schwere Lungentuberkulose, die er sich in dreieinhalb Jahre langer Konzentrationslagerhaft bei der Moorarbeit zugezogen hat, hat bedenklicherweise den Kehlkopf ergriffen. Das Berliner Klima verdoppelt in dieser Krankheitslage die Gefahren. Im Schweizer Alpenklima könnte dem Leiden Einhalt geboten werden, aber die nationalsozialistischen Behörden widersetzten sich aufs energichste dieser für Ossietzky lebenswichtigen Reise.

Würden diese Tatsachen bekannt, so müßte das Reich unangenehme Rückwirkungen auf die pazifistischen Kreise des Auslandes befürchten. Deshalb verbreitet es im Ausland, erstens sei Ossietzky jetzt völlig frei und zweitens befinde er sich auf dem Weg zur gesundheitlichen Besserung. Bei dem genannten Interview mußte Ossietzky gerade seine angebliche Freiheit ausdrücklich betonen, ob schon ein hoher Beamter der Geheimen Staatspolizei offiziell das Gespräch überwachte. Dieser Beamte sowie auch der Arzt mußten ferner den Journalisten erklären, einer Erholungsreise Ossietzkys in die Schweiz stünde nichts im Wege. Wie wenig verpflichtend diese »Versicherung« ist, geht schon daraus hervor, daß bei der Zuteilung des Nobel-

preises, im November 1936, die Beamten der gleichen Behörde gegenüber der Auslands- presse erklärten, der Reise Ossietzkys nach Oslo zur Entgegennahme des Nobelpreises stünde nichts im Wege. Inzwischen ist von Ministerpräsident Göring selbst erklärt worden, daß man diese Reise verhindert habe, da der Pazifist »ein unerwünschtes Element« sei.

Die Irreführung des Auslandes durch solche Interviews bezweckt, Ossietzky selbst als freien Staatsbürger auftreten zu lassen, der sich von seinen Krankheiten behaglich erholt. Die Beamten des Dr. Göbbels haben ihm sogar die Erklärung gestattet, er sei auch heute noch Pazifist. Man weiß wie aufrichtig Ossietzky an seiner Überzeugung festhält, — aber daß er es im Dritten Reich ungestraft sagen durfte, das ja bekanntlich Pazifismus belächelt und verfolgt, — das war ein Zugeständnis an das Ausland, das von der völligen »Freiheit« Ossietzkys überzeugt werden soll.

Die Tatsachen sind, daß der Träger des Friedensnobelpreises mit allen Mitteln, in dem Sanatorium in Niederachönhausen bei Berlin, gefangen gehalten und auf unauffällige Art bewacht wird; daß seine Krankheit sich täglich verschlimmert, daß sich bei diesem Zustand die Möglichkeit sein Leben zu retten immer mehr verringert. Und daß die am nächsten liegende Möglichkeit, die Kur in der Schweiz, bewußt und planmäßig hintertrieben wird.

Die Vertreter des Propagandaministeriums und der Geheimen Staatspolizei fürchten, daß die Stimmung des Auslandes noch einmal, wie bei der Verleihung des Nobelpreises, wirksame Maßnahmen für die Rettung des großen deutschen Pazifisten, des einstigen Vorkämpfers für den Völkerbundgedanken, fordern werde. Die Interviews, die Ossietzky aus Ausland geben muß, dienen der Verschleiерung der Wahrheit.

der Landesarbeitsgericht, das sich als Berufungsinstanz mit dieser Sache zu befassen hatte, entschied gegen den Geistlichen und stellte in der Urteilsbegründung fest, daß der Austritt aus einer nationalsozialistischen Organisation ohne Zweifel als wichtiger Grund zur fristlosen Entlassung angesehen werden müsse.

Jugendaustausch

Die deutschen Zeitungen melden: »In Lissabon haben sich am 26. August 100 Unterführer und Führeranwärter der nationalspanischen Jugendbewegung unter Leitung von 14 Gauführern und Inspektoren auf dem deutschen Dampfer »Cap Norder« nach Hamburg eingeschifft. Die 114 nationalspanischen Jugendführer und Führeranwärter unternehmen die Reise auf Einladung des Reichsjugendführers Baldur von Schirach und werden sich insgesamt fast einen Monat in Deutschland aufhalten, und dabei auch als Gäste der Hitlerjugend und im Lager der HJ in Nürnberg am Reichsparteitag teilnehmen.«

Die 114 nationalspanischen Führer haben Zeit, Ferien zu machen und sich feiern zu lassen. Den Heldentod, auf den sie eigentlich Anspruch hätten, sterben inzwischen vertretungsweise junge deutsche Menschen, die ungefragt nach Spanien verfrachtet wurden. Vielleicht quartiert man die fideles Gäste bei den Müttern der »im Manöver verunglückten« Spanienkämpfer ein?

Das Märchen von den 99 Prozent

Die zu gut gelungene Regie bei den letzten »Reichstagswahlen« hatte als Ergebnis die 99prozentige Zustimmung zu dem Terrorregime der Nationalsozialisten erbracht. Inzwischen hat die Fortdauer des Terrors, der Kampf gegen die »Mießmacher«, die erneute Vertagung der Vertrauensratswahlen, die sich von Zeit zu Zeit wiederholenden Massenverhaftungen diese »Feststellung« längst ad absurdum geführt.

Wenn tatsächlich 99 Prozent des deutschen Volkes aus freiem Willen zu Hitler ständen, dann wären sicher auch Appelle wie der folgende überflüssig, der in der Betriebszeitung der Dresdner Bank enthalten ist. Unter der Überschrift: »Die neue Tour? — Tritt gefaßt!« lesen wir:

»Wir können es einfach nicht verstehen, daß es immer noch Arbeitskameraden in unserem Betrieb gibt, die nicht einer Organisation oder Gliederung der Partei angehören, und meinen hiermit vornehmlich die Jahrgänge bis zum 35. Lebensjahr... Wir wundern uns übrigens über die Virtuosität

mancher Arbeitskameraden, die es verstanden haben, in den letzten vier Jahren jeder Aufforderung zur Mitarbeit aus dem Wege zu gehen...«

Wir kennen die »neue Tour« durch Unsichtbarmachen sich jedweder Aufgabe zu entziehen und bei Aussprachen über die Probleme des Nationalsozialismus immer den Uninteressierten zu spielen. Kommt dann mal ein Amtsträger, um auch zur Mitarbeit aufzufordern, dann habt ihr tausend ablehnende Gründe, von denen keiner stichhaltig ist...«

Wie gesagt: ein solcher Appell spricht gegen die Behauptung von einer 99prozentigen Gefolgschaft, er ist vielmehr ein Dokument dafür, daß erhebliche Teile der deutschen Arbeiterschaft der Gleichschaltung auf den Nationalsozialismus soviel passiven Widerstand leisten, als das bei den furchtbaren Terror eben möglich ist.

Exportgeschäft enttäuscht!

Die Stärke der Leipziger Messe bestand in früheren Jahren darin, daß sich auf dieser großartigen Warenschau vor allem die Einkäufer aus dem Auslande einfanden und der deutschen Industrie und dem Gewerbe größere Aufträge erteilten. Die Wirtschaftskrise hatte dem Exportgeschäft der Leipziger Messe schwere Rückschläge gebracht. Aber es war trotzdem noch in gewissem Umfang vorhanden.

Wenn im Gegensatz zu dem wirtschaftlichen Aufschwung in zahlreichen Ländern das Exportgeschäft der Leipziger Messe stagniert, ja gegenüber den schwersten Krisenjahren sogar noch weiter zurückgegangen ist, so hat man darin unstreitig einen »Erfolg« der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik zu erblicken. Der ungünstige Stand des Exportgeschäftes wird zwar durch laute Reklame zu verdecken versucht. Doch kann damit das Geschäft selbst nicht gehoben werden.

Daß auch die oben besendete Herbstmesse für die Exportindustrie abermals eine große Enttäuschung war, darüber kann kein Zweifel sein. Selbst die »Frankfurter Zeitung« muß das folgende Eingeständnis machen:

»Der große Erfolg der diesjährigen Frühjahrsmesse (?) besonders im Exportgeschäft hatte die Erwartungen hinsichtlich der Herbstmesse stark gefördert. Ganz sind sie freilich nicht erfüllt worden. Zwar war das Inlandgeschäft lebhaft, aber im Auslandgeschäft war die Zahl der Besucher wie die Summe der Einkäufe kein Grund zu besonderer Befriedigung. Die Schranken im internationalen Handelsverkehr... bleiben eben doch außerordentlich wirksam.

Ein besonderes Gepräge erhielt die Schau durch die jetzt vollkommen durchgebildeten neuen deutschen Werkstoffe, die auch von den ausländischen Besuchern beachtet wurden, wenn auch die Aus-

landsnachfrage sich noch ausschließlich auf Waren aus dem bisher gebräuchlichen Material erstreckt... Nordamerika ist, von Ausnahmen abgesehen, nach wie vor kaum am Markt... Frankreich hat — zumal nach Abschluß des neuen Handelsvertrages — enttäuscht.

Im Gegensatz zu früheren Messen hatten Spielwaren diesmal keine große Messe... Auch hier war das Ausland nur schwach Käufer...«

Man hat in diesen vorsichtigen Formulierungen das Eingeständnis der völligen Pleite des Auslandsgeschäfts auf der Leipziger Messe zu erblicken. Das Zurückziehen der ausländischen Einkäufer vom deutschen Markt ist nicht der Erfolg irgendwelcher Boykottpropaganda, sondern nur der Ausdruck der Tatsache, daß das Ausland Waren aus deutschen Ersatzstoffen ablehnt. Da aber die Verflüchtung der Waren mit den raffiniertesten Methoden betrieben wird, und die Produzenten und Händler dem Kunden wahrheitsgetreue Erklärungen nicht abgeben dürfen, ziehen sich die ausländischen Einkäufer lieber völlig aus dem Geschäft mit Deutschland zurück.

Deutschland und Sowjetrußland

Die sowjetrussische Ausfuhr von Manganerz nach Deutschland hatte im zweiten Halbjahr 1936 so gut wie ganz aufgehört. Es wurden in dieser Zeit ganze 1835 t dieses wichtigen Rüstungsrohstoffes an das Dritte Reich geliefert. Im ersten Halbjahr 1937 haben die Lieferungen eine beträchtliche Erhöhung erfahren. Deutschlands Einfuhr von Manganerz aus Sowjetrußland ist auf 20.206 t gestiegen. Rußland hat demnach starken Anteil daran, daß es den Nationalsozialisten behagt, die Versorgungslücke in Erzen zu schließen.

An der anlässlich des Nürnberger Parteitages stattfindenden großen Luft- und Truppenparade wird der sowjetrussische Militärattaché teilnehmen.

Tiere haben es besser

Der Schutz, den die politischen Gefangenen im Dritten Reich nicht genießen, ist den Tieren geblieben: in Schöningen wurden zwei Angeklagte wegen Tierquälerei zu je neun Wochen Gefängnis verurteilt, weil sie ihre Pferde schlecht untergebracht, mangelhaft gefüttert und zu Arbeiten verwandt hatten, die die Tiere bei dem schlechten körperlichen Zustand nicht leisten konnten.

Wieviele Jahre Gefängnis müßten die Kommandanten der Konzentrationslager erhalten, wenn die Opfer des Regimes sich des gleichen Schutzes erfreuen könnten!

Der Weg der Diktatur

Fehlinvestitionen und fortschreitende Inflation

Wieder einmal wird in Deutschland eine Anleihe von 700 Millionen Reichsmark aufgenommen. Es handelt sich um 4prozentige Reichsschatzanweisungen mit einer durchschnittlichen Laufzeit von zwölf Jahren. 100 Millionen müssen die Sparkassen und Versicherungsgesellschaften übernehmen, der Rest wird zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Der Zweck ist die sogenannte Konsolidierung der Rüstungswechsel. Formell kurzfristige Staatspapiere, die aber zum großen Teil immer wieder prolongiert werden, werden in formell langfristige verwandelt. Dahinter steht der Notenbankkredit. Wie die Reichsbank einen Teil der Rüstungswechsel immer wieder diskontieren, das heißt mit ihren Noten aufkaufen muß, so muß sie unter Umständen auch die langfristigen Anleihen lombardieren, sie beliehen. Und wenn auch der Spielraum für diese Beleihung elastischer ist als bei der Diskontierung von Wechseln, so muß sie doch im Bedarfsfalle stets erfolgen, soll nicht der Kurs der Anleihen ins Bodenlose sinken und damit der aufgeblähte Staatskredit in sich zusammenfallen.

Die Unterbringung dieser Anleihen stellt an sich kein Problem dar. Der Staat finanziert die Rüstungskosten mit der Ausgabe immer neuer Wechsel, die ununterbrochen vor sich geht. Diese sammeln sich bei den öffentlichen Kreditanstalten, Banken und Industriellen an. Zugleich verhindert die Diktatur durch ihre Zwangsmaßnahmen, daß der größere Teil so geschaffenen Kreditgeldes in Zirkulation tritt. Emissionssperre und Dividendenbegrenzung verhindern die Anlage in Aktien, die Außenhandels- und Rohstoffkontrolle die Anlage in Metallen oder anderen Sachwerten. Nachdem die Industrie ihre Bankschulden zum großen Teil abgetragen hat, hat sie für die sich bei ihr ansammelnden Wechsel keine andere Verwendungsmöglichkeit, als die in diese Konsolidierungsanleihen zu verwandeln. So geht die Schuldenvermehrung munter voran. Das erste Stadium ist die Ausgabe von neuen Wechseln, in einem zweiten wird ein Teil dieser Wechsel zu »normalen« Reichsanleihen. Seit 1935, da Schacht mit diesen Konsolidierungen begann, ist die deutsche langfristige Verschuldung um nicht weniger als 6690 Millionen RM gestiegen. Aber trotz dieser Summe von fast 7 Milliarden, die in 2½ Jahren abgeschöpft worden ist, gelingt es nicht, der fortschreitenden kurzfristigen Verschuldung, die in Wirklichkeit rein inflationistische Finanzierung ist, Einhalt zu tun. Offiziell wird zwar die kurzfristige Verschuldung seit Jahren konstant mit 2½ Milliarden RM angegeben. Aber: in dieser Summe sind eingestandenenermaßen die Rüstungswechsel nicht enthalten, von denen man nur weiß, daß sie das Vielfache dieser Summe ausmachen. Schacht und Schwerin-Krosigk haben ganz offen von einer langjährigen Fortsetzung der Konsolidierungspolitik gesprochen. Hätten die kurzfristigen Reichsschulden effektiv nur 2½ Milliarden betragen, würden die Rüstungswechsel in Wirklichkeit nicht viel rascher vermehrt werden als ihre Ersetzung durch die neuen langfristigen Anleihen erfolgt, so müßte die Konsolidierung bereits abgeschlossen sein und brauchte nicht noch »jahrelang« fortgesetzt werden. In Wirklichkeit vollzieht sich jetzt in Deutschland derselbe Prozeß wie während des Krieges. In den ersten beiden Kriegsjahren gelang die Abschöpfung des von der Reichsbank zur Kriegsfinanzierung geschaffenen Kreditgeldes durch die Kriegsanleihen noch halbwegs. Dann blieben die Zeichnungen der Anleihen immer stärker hinter dem Umfang der unaufhörlich weiter getriebenen Kreditausweitung zurück. Das Ende war schließlich die offene Inflation. Jetzt vollzieht sich der gleiche Prozeß, bisher durch Zwangsmaßnahmen der Diktatur nur stärker verhüllt und in seinen Wirkungen noch gehemmt.

Ein Teil der wirklichen kurzfristigen Verschuldung wird immerhin sichtbar, wenn man den Wechselbestand der Reichsbank und der übrigen Banken betrachtet. Zu Beginn der Hitlerherrschaft betrug der Wechselbestand der Reichsbank durchschnittlich 2,9 Milliarden RM; im laufenden Jahr erreicht der Monatsdurchschnitt des Wechselbestandes etwa 5,4

Milliarden RM, also fast das Doppelte. Aber vor Hitler handelte es sich um echte, solide, private Handelswechsel, heute fast nur noch um Reichswechsel, um die Rüstungs- und Autarkiefinanzierungswechsel. Der Wechselbestand der fünf Berliner Großbanken betrug 1933 im Monatsdurchschnitt 1½ Milliarden RM und stieg bis 1937 ebenfalls auf das Doppelte, auf 2,9 Milliarden RM. Auch hier handelt es sich jetzt nicht mehr um Handelswechsel, sondern zum großen Teil um Rüstungswechsel. Zusammen ergibt sich eine Summe von 8,3 Milliarden RM. Aber daneben schwimmen Milliarden Rüstungswechsel auf dem offenen Geldmarkt, sind bei Sparkassen und Versicherungsgesellschaften untergebracht und häufen sich in den Portefeuilles der Großindustrie. Die »Konsolidierung« kann also mit der Wechselvermehrung nicht Schritt halten; die Inflation schreitet trotz steigender Steuereinnahmen, trotz unaufhörlicher Anleiheaufnahmen unaufhaltsam fort. Kein Wunder, daß es selbst den Gleichgeschalteten unheimlich wird und die Warnungen vor dieser Art Finanzierung zunehmen. So hat der Regierungsrat Rentrop, der Abteilungsleiter beim Reichskommissar für die Preisbildung ist, in der »Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht« eine Abhandlung veröffentlicht, in der er darauf hinweist, eine weitere Kreditausdehnung müßte als Inflation bezeichnet werden, da der Geldumlauf dann in einem Mißverhältnis zur vorhandenen Warenmenge stehen würde. Man weiß, daß diese Ansicht von allen Wirtschaftskreisen ebenso geteilt wird wie von der Reichsbank selbst. Nur daß diese Einsicht nicht den geringsten Einfluß auf den weiteren Verlauf haben wird. Denn die Diktatur kann heute weniger als je daran

denken, die wirkliche Ursache der deutschen Wirtschaftsnot und damit auch der neuen deutschen Inflation zu beseitigen: das wahnsinnige Tempo der Aufrüstung.

Der Zusammenhang ist einfach der: der Staat hat einen immer größeren Teil der deutschen Produktivkräfte für die Rüstungsproduktion beschlagnahmt und bezahlt diese Produktionskräfte — Arbeiter und Material — mit neu geschaffenem Staatspapiergeld — durch Inflation, die stets eine versteckte Form der Konfiskation darstellt. Da die Gelder in unproduktiven Werten angelegt werden, ergibt sich daraus keine entsprechende Zunahme an konsumierbaren Gütern, die in Zirkulation treten können, so daß sich das Mißverhältnis zwischen Geldumlauf und Gütermenge ständig steigern muß. Da die Kriegsdrohung, die die Diktatur geschaffen hat, ihr eine Verlangsamung der Rüstungen verbietet, ist eine Umkehr unmöglich, und alle Warnungen der Wirtschaftskreise bleiben in den Wind gesprochen. Dabei zeigen die mittelbaren und unmittelbaren Preiserhöhungen, die trotz schärfster Ueberwachung ununterbrochen vorangehen, daß Symptome auch der offenen Inflation bereits sichtbar werden.

Daran ändern auch die Konsolidierungsversuche nichts wesentliches. Ihre wirkliche Tendenz hat vor kurzem die »Neue Züricher Zeitung« ganz richtig charakterisiert:

»Die den Effektenmärkten zur Verfügung stehenden Papiere werden sukzessive eingeschränkt und der Anlagebedarf immer mehr auf die Reichsanleihen abgedrängt. Die konsequente Fortführung dieser Politik müßte schließlich dazu führen, daß nur noch ganz

geringe Mengen privater Papiere vorhanden wären und praktisch für Anlagen nur noch Staatspapiere zur Verfügung ständen. Die Portefeuilles der Banken, der Industrie, der Sparkassen, der Versicherungen und anderer Institutionen enthalten heute schon umfangreiche Bestände von Reichsanleihen; das Ende der vorerwähnten Entwicklung müßte sein, daß diese Portefeuilles überwiegend Reichsanleihen enthalten. Eine Krise in der Finanzpolitik müßte alsdann zu nicht übersehbaren Konsequenzen führen, und es läßt sich leicht vorstellen, welchen Wert abgeschlossene Rentenversicherungsverträge, Rentenverträge und Vermögensanlagen überhaupt dann noch hätten. Wenn sich auch in einem diktatorisch regierten Staat der Lauf der Dinge nicht annähernd überblicken oder voraussagen läßt, verdient doch festgehalten zu werden, daß man auch in Krisen, die zum Regime positiv eingestellt sind, Ueberlegungen der skizzierten Art anstellt.

Diese »Ueberlegungen« laufen darauf hinaus, daß die glänzenden Gewinnergebnisse der deutschen Unternehmer schließlich in Fehlinvestitionen einerseits und in sich entwertender Papiermark andererseits bestehen werden. Aber solange die Krisen, die sie anstellen, zum »Regime positiv eingestellt« bleiben, werden diese Ueberlegungen nichts nützen. Die Diktatur muß den Weg, den sie angetreten, bis zum Ende gehen oder sie muß gestürzt werden. Kanonen statt Butter, Kasernen statt Wohnungen, bedeutet andererseits auch nutzlose Papiermark statt der Goldgewinne, die sich diejenigen versprochen haben, die zu diesem Regime des Krieges und Elends »positiv eingestellt« waren.

Dr. Richard Kern.

Prachtbauten trotz Rohstoffmangel

Staatskonjunktur als »Subvention«

Der »Nationalsozialistische Wirtschaftsdienst« (3. August-Heft) schreibt:

»Die verfügbare Menge Eisen wird knapp, wenn Eisen nicht nur für rein wirtschaftliche Zwecke, sondern in ausgedehntem Maße zur Lebenssicherung der Nation, d. h. für Rüstungszwecke, verwandt wird. Oder: Das Holz wird knapp, wenn man es nicht allein für Bauten, Möbel usw., sondern zusätzlich für Zellwolle, Holzgasmotoren usw. gebraucht. Daraus ergibt sich schon, daß einer zusätzlichen Verwendung solcher Güter eine Mehrerzeugung und — wo das nicht so schnell möglich ist — eine entsprechende Vorratsbildung vorangehen muß.«

In dieser nicht sehr originellen Erkenntnis liegt eine theoretisch verkleidete Meckerei. Die parteiamtliche Wirtschaftsabteilung rügt, daß man Erzeugungsschlachten liebere, aber versäumt habe, dafür zu sorgen, daß der notwendige Vorrat an Munition nicht fehle. »Noch vor einigen Jahren«, schreibt der »Nationalsozialistische Wirtschaftsdienst«, »hätten wir hinreichend landwirtschaftliche und industrielle Warenreserven. Was heute die Bilanzen industrieller Unternehmen an Warenvorräten ausweisen, ist erstens weniger und zweitens sind es nicht solche Güter, unter deren Knappheit wir gerade leiden.« Die Wirtschaft zehrt also von ihren in früheren Zeiten angesammelten Rohstoffreserven. Wie ist das Mißverhältnis zwischen Görings gigantischen Autarkieplänen und der mangelhaften Vorsorge für die Grundvoraussetzung ihrer Ausführung zu erklären?

»Als Argument für die Mangelerscheinungen wird ins Feld geführt, daß wir nicht mehr die Ergänzungsfreiheit hinsichtlich der Auslandsgüter in Anspruch nehmen könnten. Nun, das konnten wir auch vor einigen Jahren nicht. Selbst altbekannte Begründungen, die sich auf die verstärkte Warennachfrage im Wirtschaftsaufschwung oder gar die Aufrüstung beziehen, vermögen den gegenwärtigen Zustand nicht zu entschuldigen. Schließlich war der zweite Vierjahresplan auch nur die Bestätigung dafür, daß die Erzeugungskapazitäten sowie die Vorräte nicht ausreichen.«

Wir erfahren also, daß die Begründung, die Göring für den Schwund der Rohstoffreserven und für seine Autarkiepläne gibt, Schwund sind, daß sie nicht auf die Liefer-sperre des Auslands zurückzuführen sind und nicht einmal mit den Erfordernissen der »Wehrfreiheit« ausreichend begründet werden können. Welchem hehrem Zweck werden also die Rohstoffreserven geopfert, deren Schwin-

den die Fortsetzung des Produktionsanstiegs nunmehr hemmt. Sicherlich trägt die Schuld nicht ein Uebermaß lebensnotwendigen Verbrauchs, denn der wird ja zurückgedrängt, um Rohstoffe für andere Zwecke zu ersparen, die das Hitlerregime für die Erhaltung seines Lebens als notwendig ansieht. Der »Nationalsozialistische Wirtschaftsdienst« gibt sogar zu, daß die Konsumgütererzeugung gedrosselt wird, und verrät uns auch, um welchen Zweckes willen. Es müsse darauf bedacht genommen werden, schreibt er warnend, »daß die Gesamtstruktur der Wirtschaftstätigkeit nicht nur durch die staatliche Steuerung, d. h. durch die Art der Aufträge, zu einseitig wird«, und begründet diese Warnung wie folgt:

»Man kann nicht dauernd mit der Möglichkeit eines Wiederkonsums rechnen, und kann deshalb den Ausbau der Konsumgüterproduktion zugunsten von Bauten und Investitionen repräsentativer, verkehrstechnischer und anderer Art zurückstellen, sondern es muß ein Gleichgewicht gewahrt werden, weil auch die Auffüllung geleerter Lager keineswegs von heute auf morgen geht und, solange ausgedehnt, einseitige Auftrags- und Investitionsstrukturen deshalb auch zu folgenschweren Vorratsminderungen führen.«

Mit anderen Worten: es sind die monumentalen Prachtbauten, die Autostraßen, die das In- und Ausland staunen machen soll, es ist die Prachtentfaltung des Regimes und seine Machtentfaltung nach innen und nach außen, um derentwillen die Produktionsreserven der Nation verschwendet und die große Masse des Volkes zu Entbehrungen gezwungen wird.

Das Maß der Entbehrungen ist aber sehr einseitig verteilt. Die öffentliche Verschwendung führt zu privater Bereicherung einiger weniger. Daß die Verantwortung dafür nicht bei diesen Privilegierten selbst liegt, stellt die parteiamtliche Wirtschaftszeitung ausdrücklich fest. Sie legt des Preiskommissar nahe, »sich vor allem um die Menge, den Umfang, die Höhe sowie die Preise der öffentlichen Investitionen in Deutschland zu kümmern«. Ihre Ueberhöhung sei »mit der Hauptanlaß zu Preisauftriebentendenzen bei uns«. Deshalb müsse der Preiskommissar auch den öffentlichen Auftraggeber auf die Finger gucken. »Was nützt es«, heißt es dann weiter, »mit der einen Hand von den Finanzämtern höhere Steuern einzuziehen zu lassen, wenn mit der anderen Hand

die Aufträge vergebenden Behörden zu hohen Preisen zahlen oder der Investitionsumfang so maßlos überhöht wird, daß ein Run nach Baumaterial, Maschinen, Werkzeugen, Halbfabrikaten, Eisen, Arbeitern usw. entsteht? Wie sehr die Gewinnlage der Industrie verbessert ist, zeigt die neueste Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes über die Erträge von fast der Hälfte der deutschen Aktiengesellschaften im 4. Vierteljahr 1936. Der Gewinnsaldo stieg von 488 auf 600 Millionen Mark. Das bedeutet für das ganze Jahr 1936 und nur für die Aktiengesellschaften eine Gewinnsteigerung von rund 1 Milliarde Mark! Die Rückstellungen erhöhten sich um ein Drittel, die Abschreibungen waren höher als die höhere Beanspruchung der Anlagen, so daß die stillen Reserven ganz beträchtlich größer wurden. Es dürfte also nötig sein, die gute Gewinnlage der Wirtschaft nicht nur zur Begebung von Anleihen, d. h. Forderungen der Wirtschaft an den Staat zu benutzen, sondern einerseits die überhöhten Preise zu drücken, andererseits mehr Steuern einzufordern.« Da Göring zur gleichen Zeit mit dem Zwang zur Verwendung teureren Eisenerzes die Produktionskosten erhöht, dürfte das ein frommer Wunsch bleiben. Zur Herabsetzung der Preise und Erhöhung der Rohstoffvorräte wird deshalb vor allem die »Mäßigung der Auftragserteilung, d. h. letzten Endes der Nachfrage nach Investitionsgütern für Repräsentations-, Verkehrs- und Fabrikbauten und andere staatliche und öffentliche Bestellungen« empfohlen. Auch hier werden wieder die Repräsentationsbauten vorangestellt und damit unterstrichen, daß diese vor allem anderen im Dritten Reich den Vorrang genießen. Wie kein anderer ist aber der folgende Satz kennzeichnend für das Hitlerregime und das Wesen seiner »Staatskonjunktur«:

»Und um den Staat und die öffentliche Hand nicht zu solchen Aufträgen zu verleiten, muß die Gewinnlage der Wirtschaft durch Preisdruck gesteuert werden.«

Man hatte bisher angenommen, daß das Regime Staatsaufträge vergibt, um seine Staatszwecke erfüllen zu können. Nun hören wir, daß die Verbesserung der »Gewinnlage« nicht die Folge der Staatsaufträge ist, sondern ihre Ursache, der Anreiz, dem die Staatsbürokratie folgt, wenn es Staatsaufträge vergibt. Die Erhöhung der Profite ist also nicht so sehr die Wirkung der Staatskonjunktur wie ihr Zweck.

G. A. F.

Die braune Propaganda - eine Kriegswaffe

In der »Frankfurter Zeitung« vom 31. August 1937 wird bemerkt, daß der Tagung der Auslandsdeutschen in Stuttgart »eine besondere Aufmerksamkeit« zukomme, nicht nur darum, weil im Januar 1937 die gesetzliche Neuordnung für die Reichsdeutschen im Ausland vorausgegangen ist, sondern — wie das der Aufsehen erregende Artikel zu diesem Thema in den »Times« verrät — weil man in England aufrichtig bestürzt ist, daß auf dieser Stuttgarter Tagung die Ankündigung der Entsendung von Kulturattachés bei den deutschen Gesandtschaften und Botschaften — zuerst nach England — angekündigt wurde. Der »Times«-Artikel, der gegen diese Maßnahme polemisiert, sagt, daß man doch einmal die Sachlage umdrehen solle, um sich vorzustellen, daß Chamberlain und Eden planen, sämtliche im Ausland lebenden Engländer zu einem »Propagandakonzern« für die Ideen der Demokratie zu formieren. »Würde aber Hitler eine solche Bewegung auch nur einen Augenblick dulden?« fragt das Blatt weiter. Die Demokratien werden allerdings nicht versuchen, ihre Anschauungen in den faschistischen Ländern zu propagieren, weil sie damit auf den stärksten Widerstand der Diktaturen stoßen würden und befürchten müßten, »die guten Beziehungen« mit diesen Diktaturstaaten zu gefährden.

Statt dessen müssen sich die Demokratien von Herrn Bohle, dem Chef der deutschen Auslandspropaganda, sagen lassen, daß »einige der alten liberalen Ideen« außerhalb Deutschlands eben noch nicht ganz überwunden seien und daß es darauf ankomme, daß die deutschen Auslandsorganisationen im Kampfe gegen diese Ideen verbleiben und, wie er prophezeit, im Ausland erfolgreich sein werden.

Dieser Kreuzzug der Ideologien ist eine Kriegswaffe, die nicht zu unterschätzen ist. Eine Waffe, die das nazistische Deutschland nicht ohne Geschick und mit besonderer Gefährlichkeit zu führen versteht. Die »Frankfurter Zeitung« drückt dieses Ziel sehr vornehm aus, indem sie erklärt: »Wenn die Gastländer es nicht grundsätzlich verhindern wollen, daß Reichsdeutsche bei ihnen leben — was ja absurd wäre —, dann müssen sie diesen Reichsdeutschen die Freiheit lassen, in Verbindung mit ihrer Heimat zu bleiben, d. h. in der Mehrzahl der Fälle, innerdeutsche Entwicklungen zu ihrer eigenen werden zu lassen.«

Es hätte aber gar nicht der Stuttgarter Reden bedurft, um der Weltöffentlichkeit darzulegen, worum es dem nationalsozialistischen Deutschland geht. Die unabänderlichen Programmpunkte auf Zusammenschluß aller Deutschen zu einem Großdeutschland sind an sich bekannt. Adolf Hitler hat in »Mein Kampf« erklärt:

»Darüber muß man sich doch wohl klar sein, daß die Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete nicht durch feierliche Anrufungen des Heben Herrgotts erfolgt oder durch fromme Hoffnungen auf einen Völkerbund, sondern nur durch Waffengewalt.«

So dürften also die Kulturattachés nicht die Funktion haben, Gottesdienste abzuhalten, sondern in den speziell gefährdeten Gebieten die ideologische Aushöhlung des Staates vorzubereiten, von dem man sich »klar sein« müsse, daß man sogenannte verlorene Gebiete von ihm nicht durch feierliche Erklärungen wiederzuhalten gedenkt.

»Das Deutsche Reich soll als Staat alle Deutschen umfassen mit der Aufgabe, aus diesem Volk die wertvollsten Bestände an rassistischen Urelementen nicht nur zu sammeln und zu erhalten, sondern langsam und sicher zur beherrschenden Stellung emporzuführen.«

Und ein anderer Satz des Führers lautet:

»Nur ein genügend großer Raum auf dieser Erde sichert einem Volke die Freiheit des Daseins.«

Diesen beiden Programmpunkten dient die deutsche Auslandspropaganda, die in großem Ausmaß und mit einem unerhörten Einsatz von Mitteln, die man für das Jahr 1935 aus dem Etat allein mit 45 Millionen Reichsmark ablesen kann und die sich nicht nur auf die Gebiete erstreckt,

die man als die »entrissenen« bezeichnet, sondern auch auf Länder, in denen es, wie in Frankreich oder England, kaum deutsche Minderheiten gibt. Wie bekäme man sonst den genügend großen Raum, von dem Hitler spricht, wenn es nicht gelingt, die stärksten Bastionen von innen heraus zu unterhöhlen?

Es ist daher notwendig, den Vorhang hinwegzuziehen, der das, was dahinter steht, verbirgt, und die Wirklichkeit der braunen »Kulturpropaganda« aufzuzeigen, deren Sicherung man jetzt durch die Spielregeln der Diplomatie erstrebt. Dabei müssen wir uns auf die jüngsten Vorgänge

unterscheiden sich vom Reichsdeutschum »nur durch die andauernde völkische Gefährdung«. Adolf Hitler hat in einem Heftchen, das dem Minderheitenproblem gewidmet ist, erklärt:

»Wenn durch die Hilfsmittel der Regierungsgewalt ein Volkstum dem Untergang entgegengeführt wird, dann ist die Rebellion eines jeden Angehörigen eines solchen Volkes nicht nur Recht, sondern Pflicht. Die Frage, wann ein solcher Fall gegeben sei, wird nicht entschieden durch theoretische Abhandlungen, sondern durch die Gewalt und — den Erfolg.«

Dieses Wort ist bisher kaum bekannt geworden, weil es in einer Sammlung von

Ihre Freiheit



Hitlerjungen bei der Knochensammlung: »Ich hab's doch gleich gesagt, daß wir in dieser Gegend die meisten Knochen finden werden!«

beschränken, möchten jedoch ganz allgemein folgendes sagen. Kulturpropaganda Deutschlands im Ausland hat es auch früher gegeben. Die beim Auswärtigen Amt bestehende offizielle Abteilung verfügte für die Erhaltung des Deutschtums im Ausland, welche Arbeit größtenteils durch den VdA (Verein für das Deutschtum im Ausland) geleistet wurde, über etwa 6 Millionen Reichsmark. Der heute für dieselbe Arbeit eingesetzte Betrag dürfte mindestens das Zehnfache betragen. Während aber die Weimarer Republik sich wirklich lediglich auf eine Kultur verbindende Arbeit beschränkte, zeigt die sogenannte Auslandsliteratur, die vom VdA, vom Deutschen Fichtebund und von der Auslandsabteilung der NSDAP herausgegeben wird, die deutliche Tendenz, welche wir durch die Führerworte gekennzeichnet haben. Immer wieder wird, wie es z. B. Dr. Tierfelder in seiner programmatischen Schrift »Das Deutschtum im Ausland« tut, die Rückwirkung auf die nationale Selbstbestimmung des Auslandsdeutschtums registriert und von einer Erhebung nach dem Frühjahr 1933 gesprochen. »Der volksdeutsche Gedanke hat die staatspolitische kleindeutsche Auffassung überwunden.« Das Grenzlanddeutschtum

Zitaten zum Minderheitenproblem enthalten ist.

Ganz besonders sind durch die Auslandspropaganda jene Länder gefährdet, in denen sich deutsche Minderheiten befinden. Zu diesen deutschen Minderheiten zählt man auch die Elsaß-Lothinger, ob sie wollen oder nicht. Adolf Hitler hat zwar nach der Saarabstimmung erklärt, daß zwischen Deutschland und Frankreich keine territorialen Streitpunkte mehr beständen, aber aus einer Anzahl von Schriften, die nach dieser Rede vom Nationalsozialistischen Lehrerbund herausgegeben worden sind, wird bewiesen, daß an die Ernsthaftigkeit dieser Worte nicht zu glauben ist.

»Nun, man hat die Elsässer von der Muttersprache losgerissen. Es wird an euch sein, meine deutschen Brüder, dieses niemals zu vergessen. Elsaß-Lothringen ist die deutsche Westmark, die deutsch ist und die wieder deutsch werden wird.«

Nicht aber allein, daß sich die deutsche Auslandspropaganda auf Elsaß-Lothringen beschränkt, hat man die Reichsdeutschen, hauptsächlich in Paris, organisiert, wo ein braunes Haus existiert, und die augenblickliche Weltausstellung benutzt man zu einer Propaganda für das Dritte Reich, in-

dem man die zweihundert Kongresse, die aus Anlaß der Weltausstellung in Paris stattfinden, mit Nazigetreuen besetzt unter der Bedingung, daß etwa kein Emigrant an diesen Kongressen teilnehmen darf. Solche Ansprüche werden meist durchgesetzt, denn man bemüht sich doch in den demokratischen Staaten, dem Dritten Reich keinen Vorwand zum diplomatischen Protest oder zu dem bereits angedrohten Boykott der Ausstellung zu geben. So erscheinen auf diesen Kongressen die Agenten des Propagandaministeriums, wenn man so sagen darf, als normale Mitteleuropäer verkleidet und versuchen, der Welt einzureden, daß das derzeitige Deutschland in kultureller Hinsicht all den Respekt beanspruchen dürfe, den es braucht, um seine dunklen Pläne besser realisieren zu können. Die ganze Propaganda, die auf diesen Kongressen getrieben wird, zielt auf die Irreführung der öffentlichen Meinung ab, denn es kommt dem Dritten Reich darauf an, als ein dem zivilisatorischen Fortschritt dienendes Land angesehen zu werden. Wenn dann noch frühere Repräsentanten einer früheren Demokratie, wie etwa Hellpach auf dem Philosophenkongreß, sich dazu hergeben, dem Dritten Reich Agentendienste zu leisten, so gelingt sogar hier und da diese Bauernfängerei. Die deutschen Ausstellungsreisenden selbst werden, soweit sie nicht parteisicher genug sind, strengstens überwacht.

Nachdem die Auslandsabteilung der NSDAP durch Uebersiedlung in das Auswärtige Amt eine offizielle Einrichtung des neuen Deutschlands geworden ist, sind die Auslandsgruppen nach einem Schema organisiert, von dem wir aus dem Schwarzrotbuch (Dokumente über den Hitler-Imperialismus, Asy-Verlag, Barcelona 1937) erfahren. Dieses Auslandsamt ist in verschiedene Landesämter eingeteilt, und Frankreich gehört zum Amt II, gemeinsam mit Großbritannien und Irland, Spanien, Portugal, Luxemburg, Belgien, Niederlande, Algerien, Tunis, Spanisch- und Französisch-Marokko und den Inseln im Atlantik. Schon immer hat das Auswärtige Amt, wie aus einem Rundschreiben vom 31. August 1933 hervorgeht, das Material dieser Auslandsabteilung über die diplomatischen Vertretungen im Ausland »seiner Bestimmung« zugeführt. Dem Chef Bohle sind die Landesgruppenleiter, denen die Kreisleiter, denen die Stützpunktleiter unterstellt. Für Frankreich ist in Paris der Agent Schleier tätig. Die Funktion dieser Auslandsgruppen beschränkt sich keineswegs auf eine kulturelle Tätigkeit, sondern, wie das die Ausweisung der drei deutschen Journalisten erwiesen hat, auf eine starke Spitzeltätigkeit.

Die englischen Amtsstellen haben nach sehr sorgfältiger Prüfung nachgewiesen, daß die in England lebenden deutschen Staatsangehörigen, oft kleine Angestellte, Auskünfte über britische Verhältnisse erstatten mußten und, wenn sie das verweigerten, so wurde ihnen gedroht, daß man dafür sorgen werde, daß sie keine Verlängerung des Aufenthaltes erhielten und England verlassen müßten. Selbstverständlich gehörte zu dieser Tätigkeit, die man in England festgestellt hat, auch eine Ueberwachung der deutschen Flüchtlinge, die man sich in England erfreulicherweise nicht gefallen lassen will. Nach dem »Daily Herald« sollen sich in England 500 nationalsozialistische Agenten befinden, die von einer im Bezirk Bythwater befindlichen Zelle aus planmäßig arbeiteten. Die Führer dieser Zelle waren eben jene drei Auslandsjournalisten, welche man ausgewiesen hat. Es ist durchaus anzunehmen, daß dieser Spitzelorganisation die entdeckte Spionage des Reichsdeutschen Goertz, der verhaftet und verurteilt werden konnte, zuzuschreiben ist, ein Ereignis, das vor etwa achtzehn Monaten die Öffentlichkeit beschäftigte.

Durch diese Zelle, einem Teil der deutschen Auslandsorganisation, wurde England mit Material überflutet, und erst Spezialbeamten von Scotland

Yard gelang es, dieser Tätigkeit, die vor der Verletzung des Briefgeheimnisses nicht zurückschreckte, ein Ende zu machen. Die Revanche des Herrn Göbbels, den »Times«-Korrespondenten Ebbutt auszuweisen, eine dem Dritten Reich »unangenehme Figur«, weil er die Wahrheit sagte, wirkte auf die Weltöffentlichkeit mehr als lächerlich. Bei der Stuttgarter Auslandstagung hat man scharf gegen England polemisiert. Aber die Engländer haben, hoffentlich nicht zu spät, die Entsendung der Kulturattachés richtig als den Versuch erkannt, solche unangenehme Ausweisungen von Naziagenten in Zukunft zu vermeiden.

Bei all diesen Dingen ist noch nicht der umfassenden Einflußnahme gedacht, die das Propagandaministerium in jedem Lande auf die Presse auszuüben sucht. Im »Braunen Netz« sind 307 deutsche Zeitungen aufgeführt worden, die in den verschiedenen Ländern Europas und speziell Amerikas unter der Kontrolle des Dr. Göbbels stehen. Auch die Funktion des Presseattachés verrät die richtige englische Einschätzung, wonach demselben nach einer geheimen Dienstweisung obliegt,

sich ein klares Bild und Urteil über die Stimmung im Lande in bezug auf Deutschland, seine Innen-, soziale und Kulturpolitik zu verschaffen. Zu diesem Zweck haben sie (die Presseattachés) nicht nur die Presse des Landes zu verfolgen, sondern alle Vorgänge zu beachten, die für die Reichsregierung, insbesondere mit der nationalen Bewegung in Deutschland von Interesse sind. So lautet der erste Absatz der »Spionageanweisung« an die Presse, während man den deutschen Bürger warnt, sich nicht etwa, wenn auch nur fahrlässig, in den gegnerischen Nachrichtendienst zu stellen. Zur gleichen Zeit wird in einer Zeitschrift »Der Radfahrer« den nach dem Ausland fahrenden Touristen auf den Weg gegeben, sich in dem Lande, das sie besuchen, recht genau umzuschauen und zu Hause zu berichten.

Wie die Enthüllungen über deutsche Umtriebe, die der Stockholmer »Socialdemokraten« veröffentlicht, zeigen, wechseln die Methoden dieser Auslandspropaganda beträchtlich. In dem genannten Organ wird auf die Tätigkeit der »Deutschen Akademie in München« hingewiesen, von der aus Agenten in die ganze Welt geschickt werden, um für das Dritte Reich zu werben. Das Blatt berichtet, daß einer von diesen vor etlichen Jahren nach Göttingen kam, wo er, mit genauen Anweisungen versehen, sich als Sprachlehrer niederließ. Der »Socialdemokrat« ist der Auffassung, daß jeder Deutsche ein Agent seines Landes ist, gleichgültig, ob er die deutsche oder schwedische Staatsbürgerschaft besitzt. Ein Vorfall in Helsingborg hat gezeigt, mit welcher Unverschämtheit die Nazis vorgehen. Ein Deutscher erblickte bei einer Demonstration zufällig einen Emigranten. Er rief ihn darauf telephonisch an und drohte ihm, ihn nach

Deutschland ausweisen zu lassen, ja er versuchte, die Entziehung seines Passes zu erwirken. Der Kontakt zwischen den Nazis im Lande mit den Agenten des Dritten Reiches ist vorhanden, wenn er auch immer wieder geleugnet wird.

Diese jüngsten Vorfälle dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß in Schweden schon immer eine ausgezeichnete Naziorganisation bestanden hat. 1934 hatte diese Bewegung unter Führung eines Freundes des Herrn Göring, Furgard, beachtliche Ausmaße angenommen. Die Beziehungen Görings zu Schweden sind heute noch sehr reg.

Was Dänemark anbetrifft, so liegen die Dinge hier schwieriger, da hier im Grenzgebiet alte Gegensätze vorhanden sind und dieses Grenzland nach dem deutschen Volkstumsbegriff nur formal zu Dänemark gehört. Die Tatsache, daß sich die deutschen Schulen in diesem Gebiet verdoppelt haben, soll zu denken geben. Die dänische Staatspolizei war jüngst gezwungen, eine Untersuchung gegen das in Kopenhagen erscheinende Naziblatt »Das Echo« einzuleiten, welches durch vertrauliche Rundschreiben die in Dänemark lebenden Deutschen aufgefordert hat, nähere Angaben über die Leuchttürme in den Häfen und über die Flugzeuge zu machen. Diesem Rundschreiben war ein genauer Fragebogen beigegeben. Schon jetzt könne man feststellen, daß das Büro des »Echo« ein deutsches Spionagezentrum gewesen sei.

In Dänemark hat der Bombenanschlag dänischer Nazis auf die Wohnung des Verteidigungsministers am 21. Juni d. J. Aufsehen erregt. Ein Sprengstoffattentat, das an sich keinen größeren Schaden verursachte, das aber milde anzusehen gewiß kein Grund vorlag. Die Attentäter wurden zu verhältnismäßig geringen Freiheitsstrafen verurteilt. Ihre Beziehungen zu benachbarten Gruppen, die in Schleswig-Holstein mit Bombenattentaten große Erfahrungen gesammelt haben, wurden leider nicht aufgedeckt. Jetzt hat die dänisch-schleswigische Presse gegen die Einmischung verschiedener hoher deutscher Funktionäre, so des Flensburger Bürgermeisters Dr. Kracht, in die innerpolitischen Angelegenheiten Dänemarks protestiert, insbesondere gegen die Anmaßung eines nationalsozialistischen Vertreters, der in Flensburg in einer Rede ausführte, Deutschland sei stets bereit, »der deutschen Minderheit mit Rat und Tat beizustehen, und seine Sorge um den deutschen Menschen mache nicht halt vor den Grenzen«.

In Nordamerika, in Südamerika, überall in der Welt bestehen Stellen der Auslandsorganisation der NSDAP, und der amerikanische demokratische Senator Dickstein hat Ende Juli 46 Namen von Personen publiziert, die in den Vereinigten Staaten als Nazispione tätig sind. Auch die südafrikanische Regierung Hertzog hat sich bekanntlich gegen die Nazi-Propaganda, von der das wöchentlich erscheinende Organ »Der

Deutsch-Afrikaner« Zeugnis ablegt, wenden müssen. Der Leiter der Auslandsdeutschen, Bohle, ist Südafrikaner, daher vielleicht sein besonderes Interesse für das Geburtsland.

Endlich sei noch auf die verstärkte Nazi-Propaganda in Brasilien hingewiesen. Die Ausschaltung der deutschen Dumpingpolitik in Südamerika wird mit einem wütenden Pressekampf beantwortet, und nach den brasilianischen Zeitungsnachrichten ist die Tätigkeit der deutschen Nazis »geradezu fieberhaft«, besonders in der Provinz Santa Katarina, in der viele Deutsche leben. Hier wird die deutsche Jugend gezwungen, in Organisationen der Hitlerjugend einzutreten, und sie müssen selbstverständlich einen Treueid auf Hitler leisten. Die Hälfte der gesammelten Winterhilfsgelder wird in Brasilien für Geheimzwecke ausgegeben, die nur Eingeweihten bekannt sind. In Brasilien geborene Kinder von Deutschen schickt man nach Deutschland zur Ausbildung, eventuell auch auf die Spionageschule in Düs-

seldorf, und man unterhält in Brasilien eine Menge Agenten, die das öffentliche Leben des Landes bespitzeln.

Das Verdienst des bereits erwähnten Schwarz-Rotbuches ist es, für alle hier aufgezeigten Tatsachen in puncto Spanien speziell den dokumentarischen Beweis zu liefern. Hier wird an Hand der faksimilierten Mitteilungsblätter und Briefe die umfassende Tätigkeit der Hafendienstleiter (gleich Spionageleiter), der Deutschen Arbeitsfront, des Ueberwachungswesens, der Wirtschaftsspionage usw. usw. geschildert. Dies Material fiel im Juli 1936 den Antifaschisten in die Hände und wird jetzt gesichtet der Öffentlichkeit vorgelegt. Die Anzahl der für den deutschen Auslandsdienst arbeitenden Agenten wird auf 25.000 Köpfe geschätzt. Ihre Helfershelfer sind in Ländern mit starken deutschen Minderheiten die entsprechenden deutschen Organisationen. Für ihre Tätigkeit möge nur ein Dokument sprechen, welches im Büro des Landeshafendienstleiters Karl Cords, eines

Nathan Rosenberg

Er gibt den echten Ring nicht her . . .

Alfred Rosenberg, der Oberbefehlshaber der nationalsozialistischen Weltanschauung und der dazu entdeckten Philosophie, ist von Sorgen erfüllt. Es erweist sich, daß seine Bemühungen, die Wissenschaft des Dritten Reiches absolut und total auszurichten, immer noch auf hartnäckigen Widerstand stoßen. In einem Aufsatz, obligatorisch von der gesamten braunen Presse abgedruckt, versucht er, die Freiheit der Forschung, was er sich so darunter vorstellt, nach den Prinzipien einer germanischen Wertlehre festzulegen — aufgebaut auf der Rassenkunde, »als nationalsozialistische Philosophie künftig die Königin der Fakultäten«.

Aber leider ist ihr Thron von den bösen Gelüsten eigenwilliger Gedanken über Welt und Leben unterwühlt, die sich erkühnen, mit eigenen Schulen einen bescheidenen Platz neben ihr zu erkämpfen. Rosenberg prangert sie an:

1. Die universalistische Schule. Sie versucht erneut, den lebendigen Menschen nur als ein Produkt aus einer abstrakten Menschheit darzustellen.

Rosenberg lehnt diese »Verfälschung« auf schärfste ab. Nach ihm gibt es keinen sogenannten Vorrang des Geistes. Er wittert Humantät in seiner Nähe — sondern nur die Gestaltung eines bestimmten Menschentums, worin der nordische Typ eo ipso die Führung hat und sie in der Welt der Technik, der Wissenschaft und der Politik kraft schöpferischer Bestimmung behauptet.

2. Die Schule der naturwissenschaftlichen Stufenleiter. Die unterste ist — immer nach Rosenberg — das Mechanische, dann kommt das Biologische,

dann das Psychologische und dann das »Theologische«.

Rosenberg warnt und droht entrüstet vor dieser »Entartung«. Nach seiner Meinung schlichen hier auf Gummirollen wiederum Gesellschaftslehren oder Metabiologien des Scholastischen herum. »Wir werden feine Ohren haben, um ihren Schritt zu hören«, — schreibt er als Oberprokurator des Forschungswillens auf der Ebene der wissenschaftlichen Geistesfreiheit.

Doch jetzt beginnen erst die Schwierigkeiten! Die neuen Schulen tarnen sich. Sie bezeichnen sich, unter Berufung auf nationalsozialistische Autoritäten, gleichfalls als unantastbar nationalsozialistisch und legen dafür eine entsprechende wissenschaftliche Begründung vor. Das geht zu weit! Rosenberg weiß sich nicht anders zu helfen, indem er den Amtsstempel mit dem Hoheitszeichen in seiner Schublade versteckt: »Sie sollen schreiben, was sie wollen, aber als nationalsozialistisch werden wir sie nicht anerkennen können.«

Nathan Rosenberg gibt den echten Ring auf keinen Fall heraus. Aber ist der Streit um das Erbe damit entschieden? Er selber schreibt, daß auch in der Wissenschaft Kampf unser »Schicksal« sei, und vielleicht ist es das seinige, auf den Trümmern seiner weltanschaulichen Habe die Wiedergeburt der geistigen Freiheit in Deutschland noch erleben zu müssen. H.

Neuer Beruf

»Aus Polen — besch. Urkund. z. Nachweis arischer Abstamm. u. jegl. Zweck. Mylo. . . «

Inserat in der »Preussischen Zeitung« Nr. 238.

Angst

Tags schreckte es ihn,
nachts weckte es ihn
ans wüsten, von Träumen durchmarterten
Schlaf.

Kein Zauberwort bannte, kein Peitschenhieb
traf

das gespenstische Wesen. Es drohte ihm leise,
Es träufelte Gift in die festlichste Speise.
Der Despot ließ die Türen dreifach ver-
schließen,

ließ jeden Verdächtigen foltern, erschießen —
Es half nichts. — Die Magier befragten die
Sterne

und sagten: »Gewaltiger, zieh in die Ferne!
Der mächtige Sklavenhalter und Scheich
in dem uns befreundeten siebenten Reich
wird dir einen Kranz um das Herrscherhaupt
schlingen,

ein jeder von euch wird den andern besingen,
Ihr werdet euch gegenseitig umschmeicheln,
Ihr werdet euch gegenseitig bespeicheln,
du wirst deine Größe an seiner erlassen
und wirst den gespenstischen Schatten ver-
gessen.«

Alle Fahnen flatterten,
tausend Salven dröhnten,
Fenerwerke knatterten,
alle Glocken tönnten,
Unerhörte Lichtkaskaden,
nie erlebte Farbenfreude,
Trommelwirbel, Prachtparaden,
mit Girlanden überladen
alle Masten und Gebäude.

Alle Hächer witterten

überall Gefahren,
alle Armen zitterten:
mög uns Gött bewahren
Alle Fenster abgeriegelt,
daß kein Ruf den Gast erschrecke,
alle Mäuler zugesiegelt,
nur gebügelt und geschneigelt
Schranzenvolk an jeder Ecke.

Die Trompeten schmetterten,
um den Gast zu grüßen,
die Raketen kletterten
bis zu Wotans Füßen.

Und den Gast ergriff ein Schauer,
als der Scheich sich vor ihm zeigte.

Rings der Wachen starke Mauer:
Hinter ihm ein großer grauer
Schatten, der sich höhnisch neigte.

Der Despot ist heimgezogen,
eilends, ohne Luft zu schöpfen.
Und er ließ die Magier köpfen,
deren Ratschlag ihn getrogen.

Ein gleichgeschalteter Franzose

Das Buch »Garbe der Kräfte, neues Deutschland« (La Garbe des Forces, Nouvelle Allemagne, Edit. Grasset) ist der Reisebericht eines gleichgeschalteten Franzosen. Das ist durchaus im Wortsinne zu verstehen. Wenn man A. de Châteaubriant nur einen mit dem neuen Deutschland sympathisierenden Franzosen nennen wollte, würde man dem Sachverhalt nicht gerecht. Was den heute sechzigjährigen Mann, einen nicht sehr beachteten Schriftsteller, dazu bewogen haben mag, seine Feder in den Dienst

des deutschen Propagandaministeriums zu stellen, entzieht sich unserer Kenntnis.

Der praktische Zweck des Buches ist offensichtlich, für Deutschland zu werben. Man höre:

»Möge in diesem drohenden Augenblick, wo in unserem innersten Leben das Zuschlagen der Schicksalsporten nachhallt, möge in diesem Augenblick Frankreich, das Frankreich des heiligen Ludwigs, das Frankreich Richelieus, das Frankreich unserer letzten großen Ministerpräsidenten begreifen, wie angesichts der gigantischen Stürme, die die Zukunft vorbereitet, und in dem Augenblick, wo der Kampf um den Planeten begonnen hat, der Rhein nicht eine Grenze ist, für die man sich schlägt, sondern eine strategische Linie, auf der man sich sammelt.«

Châteaubriant hat Deutschland bereits, befreit von den offiziellen Instanzen, von Gaulleiter zu Gaulleiter weitergereicht, an Bahnhöfen und Landungsplätzen durch Deputatlonen empfangen. Er hat gesehen, was man ihm zeigte, Mädchen im Arbeitsdienst (Riedrode), Lehrerbildungsanstalt in Bayreuth, Hitlerjugend im Zeltlager, die Ordensburgen, Vogel-sang, Crössensee, Sonthofen, Erntefest, Aufmärsche, Gedächtnisfeiern, Parteitag usw. usw. Die Frage, wie weit er die Möglichkeit hatte, kritisch zu beobachten, stellt man nicht mehr, wenn man einige Seiten des Buches gelesen hat. Er ist schlechthin von allem begeistert.

Ein willkürlich herausgegriffenes Beispiel: Werkcharen.

»In jeder Werkstatt findet man dauernd, um den Mächten des Staates in die Hände zu spielen, vermittelt einer besonders herzlichen und wenn man so will religiösen Auffassung von dem, was das allgemeine Interesse erfordert, zwei oder drei Männer,

die man Werkcharen nennt, und die in ihrem Herzen die Berufung dazu fühlen, Gutes zu verbreiten und alle ihre Kräfte herzugeben, noch über die hinaus, die ihnen die Arbeit nimmt, indem sie Feierstunden für ihre Kameraden organisieren.«

Jedes Kind weiß, daß diese Werkcharen Betriebsapitzel sind.

»Der Arbeiter soll arbeiten«, läßt sich Châteaubriant belehren. »aber er soll auch fröhlich sein. Er soll wünschen, er soll fordern!« Wie sieht die Wirklichkeit aus —!

In einem Kapitel, in dem er Frankreich noch einmal zuredet, die ausgestreckte Hand des Führers zu ergreifen, argumentiert Châteaubriant folgendermaßen: Hitler, so sagen mir die Nationalsozialisten, mit denen ich umgehe, hat uns noch niemals belogen. Was er versprochen hat, hat er gehalten. Also wird er auch gegenüber Frankreich . . . Die Feder hat sich diesem wohlinformierten Autor nicht gepörrt, als er solche Worte niederschrieb.

Es erübrigt sich, auf weitere Einzelheiten einzugehen. Von den prächtigen jungen Leuten, die ihn in erstklassigen Autos von Stadt zu Stadt fahren, einmal tragen sie braune Uniform, einmal schwarze, spricht er in Tönen einer Begeisterung, die zuweilen recht peinlich wirkt. Wie denn überhaupt gegen diesen Propagandisten einzuwenden ist, daß er einen allzu blumigen Stil schreibt, Wendungen wie die von dem »blonden und brennenden Herzen« des Doktor Ley liest man nicht ohne Schadenfreude. An Hitler, dem Redner, findet er einen Hauch, ein Parfüm von Aristokratie. Dies zum mindesten ist originell. Im übrigen ist es erstaunlich, wie sehr sich

langjährigen leitenden Angestellten der Siemens-Filiale Madrid, gefunden wurde.
»Streng vertraulich! Nicht zu propagandistischen Zwecken verwenden.

Neue Organisation der Gestapo:
Die »Zentrale« ist in fünf »Hauptabteilungen« gegliedert:

H. A. 1: Ueberwachung des Verkehrs und aller Verbindungswege zu Lande und zu Wasser.

H. A. 2: Ueberwachung der illegalen Tätigkeit der kommunistischen und sozialistischen Parteien und der Schwarzen Front.

H. A. 3: Ueberwachung und Kontrolle der früheren Mitglieder aller übrigen Parteien (Zentrum und Deutschnationale).

H. A. 4: Ueberwachung der NSDAP, aller angeschlossenen Organisationen und aller gleichgeschalteten Vereine und Organisationen.

H. A. 5: Abwehrstelle gegen wirtschaftliche, industrielle und militärische Spionage.

Der Zentrale unterstellt sind die »Landesstellen«, die nach demselben Schema gegliedert sind. Neben den Landesstellen führen die »Unterabteilungen« ihr Eigenleben; sie sind der Zentralstelle direkt verantwortlich.

U. A. 1: Ueberwachung der Emigranten.

U. A. 2: Ueberwachung der Ausländer und Staatenlosen.

U. A. 3: Ueberwachung des Brief-, Telegramm- und Telefonverkehrs.

U. A. 4: Ueberwachung politischer Verdächtiger (das heißt jener Einzelpersonen, deren politische Vergangenheit oder Absichten nicht näher bekannt sind).

U. A. 5: Ueberwachung der politischen Unzuverlässigen in der Landespolizei.

Der Zentrale direkt unterstellt ist ferner die »Beobachtungsabtl.«, die folgende Untergruppen hat:

B. A. 1: Allgemeine Abteilung für öffentliche Sicherheit.

B. A. 2: Ueberwachung der SA.

B. A. 3: Ueberwachung der Großbetriebe und Industriezentren.

Im Rahmen der Abteilung für öffentliche Sicherheit arbeitet die aus SS-Leuten zusammengestellte »Nachrichtenabteilung«. Bei mir laufen die Berichte der Spitzelstellen der NSDAP (Straßenwarte, Blockwarte usw.) und die des Reichs-Luftschutz-Bundes ein. Die NSBO gibt ihre Berichte an die Beobachtungsabteilung 3.

Hunderte von »Warnungsschreiben« fand man im Schreibtisch von Cords. Für die Erledigung dieser »sämtlichen« Tätigkeit muß die Siemens-Filiale Herrn Cords weitgehend Zeit eingeräumt haben. Streng vertrauliche Berichte, wie man Propagandamaterial ohne Schwierigkeiten durch den Zoll bekommt, Warnungen über verloren gegangene Briefe, über die verschiedensten Firmen, nach Spanien geschobene Agenten, falsifizierte Karten, Karteien über in Spanien lebende Deutsche, die nicht Nazis sind, Behördenanmaßung der nationalsozialistischen Auslandsstellen, alles das beweist dieses Buch.

In der Tat, die »Times« haben Recht, wenn sie schreiben, daß der deutsche Vor-

Wunschtraum auf russisch

Pg. Violan umschiff den braunen Zensor

Heinrich Heine, beengt und verstümmelt von der vormärzlichen Zensur, hat sich den längst klassisch gewordenen Scherz geleistet: er veröffentlichte einen Pariser Brief, worin in einem Gestrüpp von Zensurücken nur die Worte »die deutschen Zensoren — Dummköpfe« — stehen geblieben waren. Zu allen Zeiten, in denen das offene Wort unterdrückt wurde, hat man Auswege gefunden, um es wenigstens umschrieben zu sagen, und es gibt eine umfangreiche Literatur mit hintergründiger politischer Treffsicherheit, die tausendjährige Zeitspannen umfaßt. Die römischen Fabeldichter waren darin ebenso findig wie Voltaire, und Schillers »Kabel und Liebe« hat sein modernes Gegenstück in Quixotes »Caligula«.

Es würde mit der Geschichte des menschlichen Geistes und seines unzerstörbaren Freiheitswillens in Widerspruch stehen, wenn wir unter dem Regime der Diktaturen des zwanzigsten Jahrhunderts nicht ähnliches beobachteten. Wer feiner sieht und heller hört als der SS-Obergruppenführer im Propagandaministerium, der die Zensurwache ausübt, entdeckt im braunen Schrifttum oder in der Presse des Dritten Reiches hin und wieder glitzernde Perlen. Da gibt es Aphorismen, kleine Legenden mit äußerlich harmloser Pointe, satirische Gedichte, scheinbar die unausrottbar stillen Meckerer oder geheimen Staatsfeinde trefend, düstere Erzählungen aus fremden Ländern, gegen die das heutige Deutschland als das realisierte Paradies erscheint — kurz man genießt manchmal das Vergnügen des kritischen Versteckenspiels und des wohlflüchtigen Spiels mit der Gefahr, wobei man gelegentlich um den Autor bangt.

Man bedient sich dabei mit Vorliebe aktueller Themen, deren Behandlung von vornherein unverdächtig ist, und keine ist gegenwärtig dazu besser geeignet als Sowjetrußland. Man berichtet Gewaltakte der Polizei, grausame Folterung, politische und soziale Unterjochung — in Feuilletons, die in jedem Betracht die vorgeschriebene Tendenz besitzen.

Man bedient sich dabei mit Vorliebe aktueller Themen, deren Behandlung von vornherein unverdächtig ist, und keine ist gegenwärtig dazu besser geeignet als Sowjetrußland. Man berichtet Gewaltakte der Polizei, grausame Folterung, politische und soziale Unterjochung — in Feuilletons, die in jedem Betracht die vorgeschriebene Tendenz besitzen.

Ein Beispiel! Durch die braune Presse läuft eine »Werkgeschichte aus Sowjetrußland« von Otto Violan. Darin wird berichtet, wie der brave Arbeiter Dmitri zum »Genossen Werkmeister« gerufen wird. Dieser Werkmeister hat den höheren Auftrag, Dmitri mitzuteilen, daß dessen in der Schweiz als Emigrant lebender Bruder dort dreihunderttausend Franken (!) hinterlegt habe, um sie außerhalb Rußlands Dmitri zur Gründung einer freien bäuerlichen Existenz zur Verfügung zu stellen. Das ist ein schöner Happen Geld, der Väterchen Staat schon zu reizen vermag. Der Werkmeister verlangt nun von dem Ueberraschten, daß er das Geld nach Rußland bringe; wenn er sich dazu nicht formell verpflichte, würde er gar kein Ausreisevisum erhalten.

Da wird Dmitri furchtbar zornig. Schon vorher hatte er aufrührerisch gefragt, woher man denn wisse, was sein Bruder ihm schreibe, und mit welchem Recht man seine Briefe öffne, um in seinem Privatleben herumzuschneifen. Jetzt aber legt er los:

»Sie haben wohl Dreck im Hirn, Genosse Saemjonowitsch, daß Sie eine solche Zumutung an mich stellen? Mein Geld für Ihre Traktoren! In die Hölle mit Ihrem Sowjet und Ihren Maschinen, ich baue meinen Weizen wie es mir gefällt. Und in meiner Stube wollen Sie mit Ihren ungewaschenen Stiefeln herumtrampeln. Bei der Mutter von Kanaan, ich will Sie mit diesen meinen eigenen Fäusten an die frische Luft setzen, wenn mir Ihr Gelbgesicht irgendwo auf meinem Anwesen begegnet. Und Natasha, die es besser versteht als ich, wird Ihnen einmal die Wahrheit über Väterchen Stalin und Ihre Fabriken sagen.«

Aber schließlich siegt bei Dmitri der gesunde Menschenverstand. Er unterschreibt: »Ich erkläre mich einverstanden.« Er bekommt daraufhin seinen Paß und macht ein »schamlos stillvergnügtes Gesicht«. Seine Kumpane wetten um eine Flasche Wodka, daß er mit dem Gelde zurückkommen werde. Aber der Autor ist gänzlich anderer Meinung: Dmitri bleibt selbstverständlich in selbigen Schweizer Gefilden.

strenger Bewachung von Berlin aus gehalten werden, so ist das eine Feststellung, die durch das hier nur angedeutete Material uns belegt zu sein scheint und die wir im Lichte der Programmworte Adolf Hitlers zu betrachten haben.

Kurt Randloff.

Termingeschäft

Der Betriebsführer gibt ein Baby in Auftrag.

Eine große deutsche Firma — die Zeitungen verschweigen ihren Namen — feierte ihr »Betriebsfest«. Im Festbericht hieß es:

»Schließlich wurde von dem Betriebsführer und seinem Sohne eine Spende gegeben, die einen guten Ansporn für das

Das ist die märchenhafte Geschichte eines Arbeiters in Sowjetrußland. Man bedarf keiner höheren Erfindungsgabe, um zu entdecken, daß etwas Bissigeres über das Dritte Reich kaum geschrieben werden kann. Im sowjetrussischen Gewande ist hier der gesamte braune Alltagsenthalten: die Verachtung des Arbeiters durch die sogenannte Führerschaft, seine zwangsweise Einsperrung hinter den Grenzpfählen, die Aufhebung des Briefgeheimnisses, die Bespitzelung, der unstillbare Devisenhunger, die Legalisierung des Diebstahls durch den Staat. Diese Rettung ins Ausland, aus der Hölle in freies Land: es ist der Wunschtraum unzähliger Deutscher. Ach, hätte man doch drüben auch solch einen Bruder! Und gar mit Geld zur Gründung einer Existenz! Könnte man nur mit einem guten Visum herüber! Man würde — nur fort, nur fort! — noch ganz andere Dinge unterschreiben als der glückliche Dmitri, der seine Heimat preisgibt, um seinen Unterdrückern für immer zu entrinnen. Dem Autor Violan ist mit dieser Pseudo-Russengeschichte ein Schuß ins Schwarze gelungen: mitten in die Seele unendlich vieler durch Treueide ihrem Führer verpflichteten Volksgenossen. Nur mit der Einschränkung: was bei Dmitri mißlang, das hat das Dritte Reich in unzähligen Fällen erfolgreich verübt, mit viel teuflischer List als die dem Genossen Werkmeister zu eigen ist. Aus den Akten der Gestapo könnte sich Pg. Violan, Mitglied der Reichsschrifttumskammer, Geschichten zusammenbrauen, denen gegenüber diese erdachte russische Episode ein blasser humanitärer Schnickschnack ist.

Es bleibt nur eine etwas heikle Frage zurück. War sich der Verfasser bewußt, daß er eine bittere Satire über die tägliche deutsche Wirklichkeit zu schreiben sich vermaß? Gehört er zur Kategorie der Harmlosen, die nicht wissen, was um sie geschieht? Wir lassen es dahingestellt. Es kommt vor, daß die Feder, der Hand unbewußt, von der höheren Wahrheit gelenkt wird, gegen die kein Zensorkraut gewachsen ist.

Harald.

kommende Jahr gibt: Eine komplette Kücheneinrichtung bekommt das Paar, das sich an diesem Tage zusammenfindet und eine komplette Babyausstattung erhält das Ehepaar, das dreiviertel Jahr nach diesem denkwürdigen August ein Kind bekommt.

Die »Niedersächsische Tageszeitung«, Hannover, entrüstet sich über diesen »Ansporn«. Hier gebe es, so schreibt sie, um die Würde und Ehre der deutschen Frau, hier höre der Spaß auf. Die »Niedersächsische Tageszeitung« sollte eine Artikelserie veröffentlichen: »Wer hat die deutsche Frau zur Zuchtkuh herabgewürdigt?« Aber — hier hört eben wirklich der Spaß auf. Denn ein Betriebsführer war es nicht.

der Franzose Châteaubriant dem geistigen Klima, in das man ihn versetzt hat, anpaßt. Schwulst, überhitzte Sentimentalität, »Tiefinn« gepaart mit Nachlässigkeit und mangelnder Präzision des Ausdrucks, es sind dieselben Stilmerkmale, die man bei seinen Freunden, den deutschen Kollegen wiederfindet.

Wenn dieser verworrene und törichte Enthusiasmus sehr aufmerksame Leser hätte, so würden sie — darauf sei zuletzt noch hingewiesen — feststellen können, daß er von zwei Dingen in einem Buch, das 356 Seiten hat, geflissentlich schweigt, von den Konzentrationslagern und von den Judenverfolgungen. Auf dieses Schweigen macht er mit einem zaghaften Satz, der leicht überlesen werden kann, aufmerksam. Wir wollen die Menschlichkeit haben zu glauben, daß sich in diese Geste ein Rest von Redlichkeit rettet. M. F.

Der Hausierer

»Wer weiß etwas von dem abgesprengten Häuflein Deutscher, die seit Jahrhunderten auf den wilden Horsthöhen im Gottscheer Ländchen sitzen?« So fragt die »Kölnische Zeitung« in der Besprechung eines Romanes, der das Schicksal dieser Deutschen behandelt. Der Held ist ein deutscher Förstersohn, der »inmitten des Ringes slawischer Siedlungen« für das Deutschtum kämpft. Aber nichts bleibt ihm erspart:

Als der Vater tot ist, kommt ein slowenischer Förster an seine Stelle, die Schwester stirbt im Kindbett, und es bleibt dem letzten Wolfesegger nichts übrig, als den Hausierer kasten umzuhängen und durch die Städte im Reich zu ziehen, wie

so mancher seiner Landsleute, dem man Heimat und Brot nahm.

Denn wenn du in Oesterreich oder CSR ein brauner Bonze warst und ins Dritte Reich emigrierst, so kommst du drüben ins »Parlament« oder in den Staatsrat. Aber falls du nur so als einfacher Mann irgendwo für dein deutsches Volkstum gelitten hast, so sei froh, wenn dich das Dritte Reich mit dem Hausierkasten herumziehen läßt. Solltest du aber ein geflüchteter Südtiroler sein, so läßt du dich in Hitlerdeutschland am besten gar nicht blicken!

Uns scheint, der Autor kennt seine Leute.

Schmiedeeiserne Dichtung

... »daß sie sich verschwend«

Jeden Tag wird uns versichert, daß der dichterische Anbruch des Dritten Reiches sich täglich erhabener manifestiere. Nie erhörte Töne wurden laut, jugendliche Herzen erzitterten im Sturmgebraus des Erlebnisses und bauten an den Fundamenten poetischer Architektur — sie mit dem Geist wie ihr Führer mit Steinen. »Wenn wir so Kämpfer und Gestalter des Marschschrittes der Nation sein wollen und Mund des gewaltigen Sturmes, der durch unser Volk tobt, so wollen wir auch Rufer sein zur Stille, zur inneren Sammlung, wohin der deutsche Mensch etwas mithineinträgt von der Tiefe« wörtlich »Tiefe«, schreibt der preisgekrönte Dichter und SA-Standartenführer Gerhard Schumann über diese neue Epoche der deutschen Literatur.

Wie tief sie ist — dafür ein paar Proben aus der jüngsten Publikation:

»Wenn wir marschieren — Schritt um Schritt —

Wir lauschen: unser Herz schlägt mit. Mein Herz und Dein Herz, Kamerad. Im gleichen Takt: Soldat! Soldat!

Herybert Menzel: »Gedichte der Kameradschaft«.

»Lebenlang bleibt mir ein Wort. Und das heißt: Kamerad! Und das rollt und reißt mich fort: Kamerad! Kamerad!«

Otto Paust: »Deutsche Verse«.

»Treue fragt nicht nach Gewinn — Treue währt vom Anbeginn Bis zum bitteren letzten End', Willig, daß sie sich verschwendet«

Heinrich Anacker: »Treue«.

Lassen auch wir uns von diesen Beispielen hinreißen! Es gibt daneben, wie die braune Presse schreibt, auch noch viele »unzulängliche Versuche«. Aber sie werden uns leider verheimlicht, um die hier heranwachsende Blüte nicht vorzeitig zu knicken. Der SAKulturkreis, zu dem die Schumann, Menzel, Paust, Anacker und Zöberlein gehören, kann selbstverständlich nur die höchste Qualität schöpferischer Eingebung in seinen erlesenen Reihen aufnehmen.

Deshalb wird, wie oben ersichtlich, nur die »Verschwundung« aus der Fülle der Genialität in die Öffentlichkeit entlassen.

Die Bonzenpresse am Starnberger See

Höhere Schulbildung für ganz feine Leute.

Wir finden in der letzten Nummer der »Erziehung« in Deutschland, dem führenden pädagogischen Fachblatt, eine Aufzählung

der vom Regime so genannten »Nationalpolitischen Erziehungsanstalten«, deren es jetzt vierzehn im Dritten Reich gibt. Auch die berühmte Fürstenschule in Schulpforta ist in eine solche »Nationalpolitische Anstalt« zum Haus- und Parteigebrauch für »bessere« Nazi-Jüngens (Vater: ungefähr bis zum Kreisleiter abwärts!) umgewandelt worden. Immerhin scheint da noch ein einigermaßen normaler Schulbetrieb zu herrschen; die ordentliche Schulbehörde hat da nach wie vor Aufsichtsrechte und Aufsichtsbefugnisse? Anders — nach der »Erziehung« — die einzige »Nationalsozialistische Deutsche Oberschule Starnberger See« in der genannten Reihe! Das Blatt stellt fest:

»Die letztgenannte Anstalt nimmt eine Sonderstellung ein. Seit dem 1. Februar 1936 ist sie dem Stellvertreter des Führers unmittelbar unterstellt. Die Oberaufsicht führt Hauptamtsleiter Wächtler. Die verwaltungsmäßigen Anordnungen trifft der Reichsschatzmeister der NSDAP Schwarz. Alle anderen nationalpolitischen Anstalten stehen unter Aufsicht des Reichserziehungsministers...«

Ja ja — so was gibts natürlich nur am Starnberger See! Dort nämlich, wo in dessen Umkreis alle Großwürdenträger des Dritten Reiches von Hitler über Heß bis zu Franck und Wagner oder Sievers ihre neuen Luxurvillen besitzen. Sogar der Röhm hatte hier »gebaut, bis ihn der unsichere Browning des »Führers« erreichte. Die hoffnungsvollen Leibesprossen dieses Geschlechtes von Erborern werden also, wenn schon die Väter nicht mehr in gewöhnlichen Häusern, sondern in Schlössern residieren, auch doch wohl nicht in eine ganz gemeine »Penne« gehen!

Nazi-Sozialpolitik am Pranger

Pariser Kongreß für sozialen Fortschritt

Als der erste Kongreß der »Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt 1924 in Prag tagte, waren in der deutschen Delegation neben den Gewerkschaftsvertretern auch eine Anzahl bürgerlicher Sozialwissenschaftler erschienen, darunter der Sekretär der »Gesellschaft für soziale Reform« Herr Prof. Dr. Ludwig Heyde. Er wußte die Sozialpolitik der deutschen Republik nicht hoch genug zu rühmen. Als der Sozialdemokrat Renner-Wien sein Referat über die Betriebsräte beendet hatte, schmierte sich der Herr Professor bei den Sozialisten an und erklärte:

»Ich bin in der glücklichen Lage, den ausgezeichneten Ausführungen meines verehrten Herrn Vorredners nur wenig hinzufügen zu müssen. Denn ich stimme in allem, was er in seinen Thesen vertreten hat, wie auch an dem, was er über den Entwurf hinaus von uns beschlossen haben möchte, vollinhaltlich überein.«

Damals war der auf politische Konjunktur trainierte Heyde noch auf Liebe für den Marxismus eingestellt. Er hatte soeben einen »Abriß der Sozialpolitik« geschrieben, in dem er die Fiktion des sog. »freien Arbeitsvertrages« im kapitalistischen System rückhaltlos zerpfückte. Er verglich die neue Zeit mit der des Frühkapitalismus und schrieb kühn:

»Ja, in der Tat, der Arbeiter hatte alle Rechte, die er nur haben wollte, denn er war »frei, aber freilich« »frei« in jenem Doppelsinne Karl Marxens, daß er nicht nur politisch freier Bürger war und über seine Arbeitskraft verfügen konnte, sondern auch daß er frei war, bar, entblößt war von jeglichem eigenen Kapitalbesitz und daher gezwungen, sich dem Vertragspartner zur »Ausbeutung« zu überlassen.«

Und er erklärte das Wesen der Sozialpolitik als eine Frage nach dem richtigen Verhältnis der Klassen.

»unter Klasse wird die Summe in gleicher Erwerbs- oder Besitzlage befindlichen Menschen verstanden.«

Inzwischen hat sich der einstige Marx-Interpret »wissenschaftlich« gleichgeschaltet. Er kennt keine sozialen Klassen mehr, sondern ist überzeugter Anwalt der »Volksgemeinschaft« geworden. Sein Führer ist nicht mehr Prof. Brentano, sondern Adolf Hitler. Das Steh-auf-Männchen, das immerhin — wie die alten Nazis sagen — zu den »Märzgefallenen« gerechnet wird, wollte sich aber bei seinen neuen Herren in besonders gutes Licht setzen, um seine Jugendlinden vergessen zu machen.

Also Herr Prof. Dr. Ludwig Heyde wagte die Reise nach Paris, diesmal zum Zweiten Kongreß derselben internationalen Vereinigung. Vollkommen erneuert und verwandelt, gewappnet mit einer neuen »arteigenen« Aktentasche, die das Lehrmaterial vom »Deutschen Sozialismus« für die übrige vom Faschismus noch kulturunbeleckte Welt enthielt, spielte er den deutschen Delegierten. Heyde hatte sogar geglaubt, an einer internationalen Tagung teilnehmen zu dürfen, die ausgerechnet das Thema »Gewerkschaftsfreiheit« auf ihre Tagesordnung gesetzt hatte. Nachdem Prof. Brethe de la Gressaye-Bordeaux das Wesen einer freien Gewerkschaft erläutert hatte, kennzeichnete der Vortragende als Merkmale der Koalitionsfreiheit:

- das Recht, einer Gewerkschaft beizutreten oder den Beitritt abzulehnen,
- das Recht, verschiedene Gewerkschaften zu bilden,
- das Recht aller Gewerkschaften, als Vertretung der Arbeiter und Angestellten gegenüber den öffentlichen Organen und den Unternehmungen anerkannt zu werden.

Der Referent erwähnte als unentbehrliche Garantien der Gewerkschaften die Versammlungsfreiheit, ihre innere Autonomie und das Recht zum Abschluß von unabdingbaren Kollektivverträgen.

All diese Forderungen, die sich nachher die Tagung zu eigen machte, werden vom Dritten Reich abgelehnt.

Der Delegierte aus dem Lande unbedingten Gewerkschaftsverbot, der Unfreiheit und des Terrors hatte die Stirn, vor diesem internationalen Forum sozial empfindender Menschen seine neue Walze von der als Gewerkschaftsersatz konstruierten »Deutschen Arbeitsfront« von neudeutscher »sozialer Ehre« und ähnlichen Scherzen ablaufen zu lassen. Der Heyde schien kein Gefühl für die Schande zu haben, die diese Berichterstattung über die Nazi-Zwangsorganisation in der Kulturweit für Deutschland auslösen mußte.

Der belgische Delegierte Gen. De Brouckère verabreichte dem willigen Nazi-Wissenschaftler sofort die nötige Stäubung und

klärte ihn auf, was Gewerkschaftsfreiheit ist. Ebenso deutlich war der Führer der französischen Gewerkschaften Leon Jouhaux-Paris, der u. a. erklärte:

»Ich kann nicht verstehen, wie man von Gewerkschaftsfreiheit sprechen kann, wenn eine Gewerkschaft gezwungen ist, den Anordnungen der Staatsgewalt Folge zu leisten. Wenn die Vertreter von der Regierung bestimmt oder gar ernannt sind, gibt es keine Gewerkschaftsfreiheit, wenn man den Arbeitern unter bestimmten Bedingungen Brot gibt und wenn man sie ihrer Freiheit beraubt, dann ist man nicht mehr auf der Achse der Entwicklung und der Zivilisation.«

Nach diesen klatschenden Ohrfeigen verließ der Nazi-Delegierte den Kongreß, auf dem für ihn wirklich kein Platz mehr war.

Damit ist der dreiste Versuch der deutschen Faschisten, sich als Vertreter der Arbeiter auf internationale Tagungen für Sozialpolitik einzuschleichen, kläglich gescheitert. Nachdem der Macher der Arbeitsfront Dr. Ley bereits 1933 die Internationale Arbeitskonferenz anläßlich der Beratungen über den Achtstundentag unter Schimpf und Schande hatte verlassen müssen, ist sein Leidensgenosse Heyde nun reif, in den Stand eines richtigen Parteigenossen versetzt zu werden.

Diese armen Tröpfe scheinen indes das Rennen noch nicht aufgeben zu wollen. Die sonst so geschwätzierte Nazi-Propaganda schweigt sich zwar über die Blamage von Paris weidlich aus, dagegen redet die Arbeitsfront in letzter Zeit beharrlich davon, daß »immer

wieder gewisse Kreise mehr oder wenig geschickt bemüht sind, Deutschland wieder nach Genf zu bekommen.« Die Dinge liegen wohl umgekehrt. Ein Organ der DAF plaudert aus, daß doch die Berichte des Internationalen Arbeitsamtes in Zehntausenden von Exemplaren und in vier Welt Sprachen gedruckt in alle Welt hinausgingen.

Die Nazis möchten diesen Propagandaapparat des IAA allzu gern für ihre Berichterstattung vom »Deutschen Sozialismus« mißbrauchen. Wenn das Dritte Reich erst wieder Mitglied der Genfer Institution sein würde, hätte man Gelegenheit, auch dort seine Vorzensur auszuüben. Der »Angriff« vom 10. August meint, daß nach einem Wiederanschluß die Deutsche Arbeitsfront »nicht in auch nur einer einzigen Hinsicht in Mißkredit gebracht werden darf.«

Das könnte den braunen Amtswältern so passen. Zu Hause unterdrücken, verfolgen, foltern und morden sie die Arbeiter und in den Veröffentlichungen des Intern. Arbeitsamtes verkünden sie der Welt Lob und Preis der Nazi-Sozialpolitik.

Wir empfehlen dem IAA, falls es zur Aufnahmeprüfung der Arbeitsfront kommen sollte, Heydes Leitfadens zur Sozialpolitik von 1923 zur Hand zu nehmen, um festzustellen, ob die derzeitigen Zwangsgebilde im Dritten Reich eine Legitimation bieten können, irgendwie als Arbeitnehmervertretungen für die internationale Organisation der Arbeit anerkannt zu werden. Dieser Delegierte Deutschlands von 1924 und 1937 schrieb einset:

»Die Gewerkschaften haben das Solida-

ritätsgefühl der Arbeiterschaft stark entwickelt, was für die Durchsetzung von Arbeitskämpfen von unschätzbarem Werte ist.«

Er sagte von den Gewerkschaften, die vor ihrer Zerschlagung durch die Nazis bestanden hatten:

»Der ungeheure Druck, der auf der Arbeiterschaft gelegen hat, hat aus ihr selbst heraus den Ruf nach Selbsthilfe geweckt, hat das chaotische Gebilde der Arbeitermassen in die greifbare Form der Klassenverbände gebracht. Die Ausnutzung der Arbeitskraft über das erträgliche Maß hinaus weckte neben dem Verlangen nach der Staatshilfe zugleich den Willen aus eigener Kraft durch die planmäßige Entziehung der Arbeitskraft dem Unternehmertum entgegenzutreten, ihm die Unentbehrlichkeit des Arbeiters zum Bewußtsein zu bringen.

Damals hat Heyde auseinandergesetzt, daß zwar der Händler, wenn er Salz verkauft, dabei von seiner Gesinnung nichts abzugeben hat, daß aber der Arbeiter, wenn er einer Berufsorganisation beiträgt, die auf die Verwendung seiner Arbeitskraft Einfluß nimmt,

»die Aufgabe hat, als ganzer Mensch einzutreten und somit gewisse Grundgesinnungen mitbringt.«

Als es in Deutschland noch Meinungsfreiheit gab, war es auch für den Sozialwissenschaftler Heyde selbstverständlich, neben und mit dem Koalitionsrecht, das Streikrecht und die Gesinnungsfreiheit zu den Postulaten der Gewerkschaft zu rechnen. Heute gibt es in der Sozialpolitik im Dritten Reich ebenso wenig eine Freiheit der Wissenschaft, wie von einer Gewerkschaftsfreiheit die Rede sein darf. Die internationale Sozialpolitik aber wird freiheitlich sein, oder sie wird nicht sein.

Ley's „Ehre der Arbeit“ - von hinten besehen

Die soziale »Ehrengerichtsbarkeit« im Dritten Reich

Um dem unaukündlichen Lohn und hinreichende Ernährung geprellten deutschen Arbeiter ein anderes Stück »deutschen Sozialismus« vorzuschwindeln, hat Ley im vorigen Jahr die »soziale Ehrengerichtsbarkeit« einführen lassen. Der Schaumschlägerei der braunen Sozialcharlatane innerhalb der »Arbeitsfront« über die nunmehr wiedergewonnene »Ehre der Arbeit« konnte nicht genug sein. Tagte einmal ein »soziales Ehrengericht« und verhängte wirklich gegen einen die Reittpeitsche gegen seine Kuhlreiter gebrauchenen westpreußischen Krautjunker eine Ordnungsstrafe (früher hätte ihn wahrscheinlich der nächstbeste republikanische oder gar noch königliche Staatsanwalt beim Wickel gepackt) oder mißhandelte einmal ein Schneidmeister seinen Lehrlingen und wurden ihm dann durch das braune Tribunal »die Eigenschaft eines Betriebsführers aberkannt« (früher hätte er wahrscheinlich eine Gefängnisstrafe wegen Körperverletzung antreten müssen), dann wurden solche Glanz- und Renommierstücke des »deutschen Sozialismus« gleich auf den ersten Seiten der Nazi-Propaganda mit Schlagbalken vorgeführt. Was ist die Wahrheit? Man braucht nur die gelegentlichen freiwillig-unfreiwilligen Geständnisse anzusehen, die sich in der »Sozialen Praxis« finden.

Die Strafen, die die »soziale Ehrengerichtsbarkeit« zu verhängen hat, sind folgende: 1. Warnung, 2. Verweis, 3. Ordnungsstrafe in Geld, 4. Aberkennung der Befähigung Führer des Betriebes oder Vertrauensrat zu sein, 5. Entfernung vom Arbeitsplatz. Die schwerste Strafe also, die vom »sozialen Ehrengericht« überhaupt verhängt werden kann — und die Verurteilung zur Erwerbslosigkeit ist sicherlich auch in einem anderen als nationalsozialistischen Staat, wenn sie dort möglich wäre, eine geradezu furchtbare und mitleidlose Straftat — trifft den Arbeiter ganz allein. Herr Ley hat hier seinen »Arbeiter der Faust« oder »der Stirn«, obschon er ihm Unsummen für sein eigenes persönliches Wohlergehen als wohlbestallter Rittergutsbesitzer abknöpft, einfach unter ein Ausnahmegesetz gestellt. Für Unternehmer ist das mit dem der »Entfernung vom Arbeitsplatz« ja in gar keinem Falle anwendbar. Aber damit ist es keineswegs genug! Schauerlich genug klingt das ja wohl, wenn wieder einmal einem Firmenbesitzer mit schlechtem sozialen Leumund seine »Betriebsführereigenschaft aberkannt« worden ist. Welche meritorische Bewandnis hat es damit? Nun, fragen wir die oben zitierte »Soziale Praxis« (neuestes Heft 34 ds):

»Nun zeigt aber die Praxis, daß die

besonders schwere Strafe der Aberkennung der Betriebsführerbefähigung (durch die sozialen Ehrengerichte) nicht immer als ausreichende Sühne angesehen werden kann, zumal da sie wesentliche Teile der Unternehmerfunktion bestehen läßt. Gerade solche Unternehmer, die sittlichem Denken und ehrenhaftem Empfinden unzugänglich, rein materialistisch eingestellt sind, werden zweifellos mehr in Schach gehalten, wenn sie mit der Absetzung auch noch eine empfindliche Geldstrafe befürchten müßten.«

Darum plädiert der Mann der »Sozialen Praxis« dafür, daß doch diese doppelte Bestrafungsmöglichkeit endlich eingeführt werde; bisher hätten die »Gerichte« nicht so verfahren dürfen. Ob sie es nun in Zukunft und nach diesem Vorstoß eines gequälten Herzens dürfen, ist freilich die Frage. Immerhin, selbst wenn die »Soziale Praxis« sich mit ihrem revolutionären Vorstoß zugunsten größerer sozialer Gerechtigkeit im Dritten Reich durchsetzen sollte — was nicht anzunehmen ist, so lange darüber Herr General Göring als Vierjahresplan-Obervogt in letzter Instanz entscheidet — was wäre dann die Wirklichkeit im so erneuerten sozialen »Ehren«-Recht? Den Arbeiter darf das Gericht auf die Straße setzen und zum Hungertod verurteilen. Dem Unternehmer, dem ja »wesentliche Teile der Unternehmerfunktion«, vor allem also das Privileg, einen möglichst großen Reingewinn einzusacken, nicht genommen werden können, würde höchstens noch über die »Aberkennungsurkunde« hinaus, über die er sich im übrigen einen Ast lachen darf, einen bescheidenen Beitrag in Form einer Zehn- oder Zwanzigmarknote zur Armenkasse zu leisten haben! Das wird er mit Hilfe des Nazitreuhändlers, der ihm nur ein bißchen den bestehenden Lohn zu seinen Gunsten umzubiegen braucht, überstehen, ohne auf die NS-Volkswohlfahrt angewiesen zu sein.

Weidmannsheil!

In Oberschlesien ist die SA auf Menschenjagd geschickt worden. Ein »Hochverräter« wurde gefangen, Stabschef Lutze hat den beteiligten Häschern das folgende Schreiben gesandt:

»Im Zusammenhang mit den Maßnahmen der Polizei zur Ergreifung eines flüchtig gegangenen Verräters sind vor kurzer Zeit Teile der Standarte 22 und des Sturmabteilung III/156 in Gleiwitz eingesetzt gewesen. Nach einem innerhalb kurzer Zeit reibungslos vollzogenen Alarm wurden etwa 550 SA-Männer teils zur Absperrung der nahen Grenze, teils zur Durchkämmung des Gebietes eingesetzt. Der Flüchtling, der in den Morgenstunden festgenommen werden konnte, bestätigte, daß durch den Ein-

satz der SA ein Ueberschreiten der Grenze nicht möglich war...»

Ich spreche daher allen beteiligten Führern und Männern meine besondere Anerkennung und meinen Dank aus.«

550 Bluthunde gegen einen wehlosen, gehetzten Freiheitskämpfer. Und dafür eine schriftliche »Anerkennung«!

Man flüstert...

Was passiert einem Hitler-Untertan, der sich im Jahr mehr als zwei Anzüge leistet?

Er wird streng bestraft.

Weshwegen?

Wegen — — Baumfrevels!

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia. Kontrollpostamt: Poštovní úřad Karlovy Vary 3. — Aufgabepostamt Karlsbad 3.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Belg. Fra. 2 (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Fra. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Fra. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Fra. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.